

ZUSATZUEBEREINKOMMEN

ZUM PARISER UEBEREINKOMMEN VOM 29. JULI 1960

UEBER DIE HAFTUNG GEGENUEBER DRITTEN AUF DEM GEBIET DER KERNENERGIE

★

CONVENTION SUPPLEMENTARY

TO THE PARIS CONVENTION OF 29 JULY 1960 ON

THIRD PARTY LIABILITY IN THE FIELD OF NUCLEAR ENERGY

★

CONVENIO COMPLEMENTARIO

AL CONVENIO DE PARIS DEL 29 DE JULIO DE 1960

SOBRE RESPONSABILIDAD CIVIL EN EL CAMPO DE LA ENERGIA NUCLEAR

★

CONVENTION COMPLEMENTAIRE

A LA CONVENTION DE PARIS DU 29 JUILLET 1960

SUR LA RESPONSABILITE CIVILE DANS LE DOMAINE DE L'ENERGIE NUCLEAIRE

★

CONVENZIONE COMPLEMENTARE

ALLA CONVENZIONE DI PARIGI DEL 29 LUGLIO 1960

SULLA RESPONSABILITA' CIVILE NEL CAMPO DELL'ENERGIA NUCLEARE

★

VERDRAG TOT AANVULLING

VAN HET VERDRAG VAN PARIJS VAN 29 JULI 1960 INZAKE WETTELIJKE

AANSPRAKELIJKHEID OP HET GEBIED VAN DE KERNENERGIE

ZUSATZUEBEREINKOMMEN

ZUM PARISER UEBEREINKOMMEN VOM 29. JULI 1960

UEBER DIE HAFTUNG GEGENUEBER DRITTEN AUF DEM GEBIET DER KERNENERGIE

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, Spaniens, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Grossherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland, des Königreichs Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

Als Vertragsparteien des im Rahmen der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunnmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, geschlossenen Uebereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (im folgenden „Pariser Uebereinkommen“ genannt),

In dem Wunsch, die in dem genannten Uebereinkommen vorgesehenen Massnahmen zu ergänzen, um den Betrag für den Ersatz von Schäden aus der Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu erhöhen,

Sind wie folgt übereingekommen :

Artikel 1

Die durch dieses Uebereinkommen eingeführte Regelung dient der Ergänzung des Pariser Uebereinkommens und unterliegt dessen Bestimmungen sowie den nachstehenden Vorschriften.

Artikel 2

a) Unter dieses Uebereinkommen fallen Schäden, die durch nukleare Ereignisse verursacht sind, es sei denn, dass diese ganz im Hoheitsgebiet eines Nicht-Vertragsstaates dieses Uebereinkommens eingetreten sind, sofern

1) für diese Schäden aufgrund des Pariser Uebereinkommens der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei dieses Uebereinkommens (im folgenden „Vertragspartei“ genannt) gelegenen, für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlage haftet, die in der gemäss Artikel 13 aufgestellten und jeweils auf dem neuesten Stand gehaltenen Liste aufgeführt ist, und

ii) diese Schäden entstanden sind

1. im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder
2. auf hoher See oder im Luftraum darüber an Bord eines im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registrierten Schiffs oder Luftfahrzeugs oder
3. einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei auf hoher See oder im Luftraum darüber, im Falle von Schäden an einem Schiff oder Luftfahrzeug jedoch nur, wenn dieses im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registriert ist,

vorausgesetzt, dass die Gerichte einer Vertragspartei gemäss dem Pariser Uebereinkommen zuständig sind.

b) Jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat kann bei der Unterzeichnung dieses Uebereinkommens, bei seinem Beitritt zu diesem oder bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde erklären, dass er natürliche Personen, die im Sinne seiner Gesetzgebung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben, oder bestimmte Gruppen solcher Personen bei der Anwendung des Absatzes a) ii) seinen Staatsangehörigen gleichstellt.

c) Im Sinne dieses Artikels schliesst der Ausdruck „Staatsangehöriger einer Vertragspartei“ ein jede Vertragspartei und alle ihre Gebietskörperschaften sowie öffentliche und private Gesellschaften und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ihren Sitz haben.

Artikel 3

a) Unter den in diesem Uebereinkommen festgelegten Bedingungen verpflichten sich die Vertragsparteien, dafür Sorge zu tragen, dass Entschädigung für die in Artikel 2 genannten Schäden bis zu einem Betrag von 120 Millionen Rechnungseinheiten je Schadenereignis geleistet wird.

b) Diese Entschädigung wird geleistet:

i) bis zu einem Betrag von mindestens 5 Millionen Rechnungseinheiten, der zu diesem Zweck von der Gesetzgebung derjenigen Vertragspartei festgesetzt wird, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, durch Mittel, die aus einer Versicherung oder sonstigen finanziellen Sicherheit stammen;

ii) zwischen diesem Betrag und 70 Millionen Rechnungseinheiten durch öffentliche Mittel, die von derjenigen Vertragspartei bereitzustellen sind, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist;

iii) zwischen 70 und 120 Millionen Rechnungseinheiten durch öffentliche Mittel, die von den Vertragsparteien nach dem in Artikel 12 vorgesehenen Aufbringungsschema bereitzustellen sind.

c) Zu diesem Zweck muss jede Vertragspartei

i) entweder gemäss Artikel 7 des Pariser Uebereinkommens den Höchstbetrag der Haftung des Inhabers einer Kernanlage auf 120 Millionen Rechnungseinheiten festsetzen und bestimmen, dass diese Haftung aus den gesamten in Absatz b) genannten Mitteln gedeckt wird;

ii) oder den Höchstbetrag, bis zu dem der Inhaber einer Kernanlage haftet, auf einen Betrag festsetzen, der mindestens gleich dem in Absatz b) i) vorgesehenen Betrag ist, und bestimmen, dass über diesen Betrag hinaus bis zu einem Betrag von 120 Millionen Rechnungseinheiten die in Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt als dem der Deckung der Haftung des Inhabers bereitgestellt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die materiellen und Verfahrensvorschriften dieses Uebereinkommens unberührt bleiben.

d) Die Erfüllung der Verpflichtung des Inhabers einer Kernanlage zum Ersatz des Schadens oder der Zinsen und Kosten aus Mitteln gemäss Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) kann gegen ihn jeweils nur insoweit durchgesetzt werden, wie diese Mittel tatsächlich bereitstehen.

e) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Durchführung dieses Uebereinkommens von der in Artikel 15 b) des Pariser Uebereinkommens vorgesehenen Befugnis zur Festsetzung besonderer Bedingungen

i) bei dem Schadenersatz, der aus den in Absatz b) i) genannten Mitteln geleistet wird,

ii) über die in diesem Uebereinkommen festgesetzten Bedingungen hinaus auch bei dem Schadenersatz, der aus öffentlichen Mitteln gemäss Absatz b) ii) und iii) geleistet wird,

keinen Gebrauch zu machen.

f) Die in Artikel 7 g) des Pariser Uebereinkommens genannten Zinsen und Kosten sind zusätzlich zu den in Absatz b) genannten Beträgen zu zahlen. Sie gehen zu Lasten

i) des haftenden Inhabers, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) i) bezeichneten Mitteln entfallen;

ii) der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage dieses Inhabers gelegen ist, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) ii) bezeichneten Mitteln entfallen;

iii) aller Vertragsparteien, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz b) iii) bezeichneten Mitteln entfallen.

g) Rechnungseinheit im Sinne dieses Uebereinkommens ist die Rechnungseinheit des Europäischen Währungsabkommens, wie sie am Tage des Pariser Uebereinkommens festgesetzt ist.

Artikel 4

a) Haften mehrere Inhaber von Kernanlagen für einen durch ein nukleares Ereignis verursachten Schaden, so werden die Haftungshöchstbeträge nach Artikel 5 b) des Pariser Uebereinkommens, soweit öffentliche Mittel gemäss Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitzustellen sind, nur bis zu einem Betrag von insgesamt 120 Millionen Rechnungseinheiten zusammengerechnet.

b) Der Gesamtbetrag der gemäss Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bereitgestellten öffentlichen Mittel darf in diesem Falle den Unterschied zwischen 120 Millionen Rechnungseinheiten und der Summe der Beträge nicht übersteigen, die für diese Inhaber gemäss Artikel 3 Absatz b) i) oder im Falle eines Inhabers, dessen Kernanlage im Hoheitsgebiet eines Nicht-Vertragsstaates dieses Uebereinkommens gelegen ist, gemäss Artikel 7 des Pariser Uebereinkommens festgesetzt sind. Sind mehrere Vertragsparteien zur Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäss Artikel 3 Absatz b) ii) verpflichtet, so werden diese Mittel von ihnen im Verhältnis zur Zahl der an dem nuklearen Ereignis beteiligten Kernanlagen, die jeweils in ihrem Hoheitsgebiet gelegen sind und deren Inhaber haften, bereitgestellt.

Artikel 5

a) Steht dem haftenden Inhaber einer Kernanlage gemäss Artikel 6 f) des Pariser Uebereinkommens ein Rückgriffsrecht zu, so erlässt die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage dieses Inhabers gelegen ist, durch ihre Gesetzgebung die erforderlichen Rechtsvorschriften, damit dieses Rückgriffsrecht ihr und den anderen Vertragsparteien, soweit öffentliche Mittel gemäss Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) bereitgestellt werden, zugute kommt.

b) Diese Gesetzgebung kann Vorschriften vorsehen, um die gemäss Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) bereitgestellten öffentlichen Mittel von dem haftenden Inhaber einer Kernanlage wiederzuerlangen, falls der Schaden auf einem Verschulden beruht, das ihm zugerechnet werden kann.

Artikel 6

Bei der Berechnung der gemäss diesem Uebereinkommen bereitzustellenden Mittel werden nur die innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt des nuklearen Ereignisses geltend gemachten Entschädigungsansprüche berücksichtigt. Ist ein Schaden durch ein nukleares Ereignis im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen verursacht worden, die zur Zeit des Ereignisses gestohlen oder verloren waren oder deren Besitz aufgegeben worden ist und die nicht wiedererlangt worden sind, so beginnt diese Frist mit dem Zeitpunkt des Diebstahls, des Verlustes oder der Besitzaufgabe. Sie verlängert sich in den in Artikel 8 b) des Pariser Uebereinkommens vorgesehenen Fällen unter den dort festgesetzten Bedingungen. Die nach Ablauf dieser Frist gemäss Artikel 8 d) des Pariser Uebereinkommens zusätzlich geltend gemachten Ansprüche werden ebenfalls berücksichtigt.

Artikel 7

Macht eine Vertragspartei von der in Artikel 8 a) des Pariser Uebereinkommens vorgesehenen Befugnis Gebrauch, so ist die von ihr festgesetzte Frist eine dreijährige Verjährungsfrist, die mit dem Zeitpunkt beginnt, zu dem der Geschädigte von dem Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hat oder hätte Kenntnis haben müssen.

Artikel 8

Alle Personen, auf welche die Bestimmungen dieses Uebereinkommens Anwendung finden, haben Anspruch auf vollständigen Ersatz der eingetretenen Schäden nach Massgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Jedoch kann jede Vertragspartei für den Fall, dass der Schadensbetrag

- i) 120 Millionen Rechnungseinheiten oder
- ii) den höheren Betrag, der sich daraus ergibt, dass mehrere Haftungshöchstbeträge gemäss Artikel 5 b) des Pariser Uebereinkommens zusammengerechnet werden,

übersteigt oder zu übersteigen droht, angemessene Merkmale für die Verteilung festsetzen; dabei darf kein Unterschied hinsichtlich der Herkunft der Mittel und, wechelsächlich der Bestimmungen des Artikels 2, hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthalts des Geschädigten gemacht werden.

Artikel 9

a) Die Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) und Absatz f) vorgesehenen Mittel wird von derjenigen Vertragspartei geregelt, deren Gerichte zuständig sind.

b) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Massnahmen, damit die Geschädigten ihre Entschädigungsansprüche geltend machen können, ohne verschiedene Verfahren je nach Herkunft der für die Entschädigung bestimmten Mittel einleiten zu müssen.

c) Keine Vertragspartei ist verpflichtet, die in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel bereitzustellen, solange noch die in Artikel 3 Absatz b) i) genannten Mittel verfügbar sind.

Artikel 10

a) Die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, hat die anderen Vertragsparteien von dem Eintreten und den Umständen eines nuklearen Ereignisses zu unterrichten, sobald sich herausstellt, dass die dadurch verursachten Schäden den Betrag von 70 Millionen Rechnungseinheiten übersteigen oder zu übersteigen drohen. Die Vertragsparteien erlassen unverzüglich alle erforderlichen Vorschriften zur Regelung ihrer Rechtsbeziehungen in dieser Hinsicht.

b) Allein die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, ist befugt, die anderen Vertragsparteien um die Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäss Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz f) zu ersuchen und diese Mittel zu verteilen.

c) Diese Vertragspartei übt gegebenenfalls für Rechnung der anderen Vertragsparteien, die gemäss Artikel 3 Absatz b) iii) und Absatz f) öffentliche Mittel bereitgestellt haben, die in Artikel 5 vorgesehenen Rückgriffsrechte aus.

d) Vergleiche, die über die Zahlung einer Entschädigung aus den in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) bezeichneten öffentlichen Mitteln in Uebereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften geschlossen werden, werden von den anderen Vertragsparteien anerkannt; von den zuständigen Gerichten erlassene Urteile über eine solche Entschädigung sind im Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien gemäss den Bestimmungen des Artikels 13 e) des Pariser Uebereinkommens vollstreckbar.

Artikel 11

a) Sind die Gerichte einer anderen Vertragspartei als derjenigen zuständig, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, so werden die in Artikel 3 Absatz b) ii) und Absatz f) genannten öffentlichen Mittel von der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellt. Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, erstattet der anderen die verauslagten Beträge. Die beiden Vertragsparteien legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten der Erstattung fest.

b) Erlässt die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, nach dem Eintreten des nuklearen Ereignisses Rechts- oder Verwaltungsvorschriften über Art, Form und Umfang des Schadenersatzes, über die Einzelheiten der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) genannten öffentlichen Mittel und gegebenenfalls über die Merkmale für die Verteilung dieser Mittel, so konsultiert sie dabei die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist. Sie trifft ferner alle erforderlichen Massnahmen, um dieser die

Teilnahme an Gerichtsverfahren und Vergleichsverhandlungen, die die Entschädigung betreffen, zu ermöglichen.

Artikel 12

a) Der Aufbringungsschlüssel, nach dem die Vertragsparteien die in Artikel 3 Absatz b) iii) genannten öffentlichen Mittel bereitstellen, wird wie folgt bestimmt :

i) zu 50 % auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen dem Bruttoinlandsprodukt einer jeden Vertragspartei zu jeweiligen Zeiten einseitig und der Summe der Bruttoinlandsprodukte aller Vertragsparteien zu jeweiligen Zeiten andererseits, wie sie sich aus der von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlichten statistischen Statistiken für das dem nuklearen Ereignis vorangehende Jahr ergeben;

ii) zu 50 % auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen der thermischen Leistung der in dem Hoheitsgebiet jeder einzelnen Vertragspartei gelegenen Reaktoren einseitig und der thermischen Gesamtleistung der in den Hoheitsgebieten aller Vertragsparteien gelegenen Reaktoren andererseits. Diese Berechnung wird auf der Grundlage der thermischen Leistung der Reaktoren, die im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses in der Liste gemäss Artikel 2 Absatz a) i) enthalten sind, vorgenommen. Jedoch wird ein Reaktor bei dieser Berechnung erst von dem Zeitpunkt an berücksichtigt, in dem er zum ersten Mal kritisch geworden ist.

b) „Thermische Leistung“ im Sinne dieses Uebereinkommens bedeutet :

i) vor der Erteilung der endgültigen Betriebsgenehmigung die vorgesehene thermische Leistung,

ii) nach der Erteilung der Genehmigung die von den zuständigen innerstaatlichen Behörden genehmigte thermische Leistung.

Artikel 13

a) Jede Vertragspartei hat dafür zu sorgen, dass in der in Artikel 2 Absatz a) i) bezeichneten Liste alle in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlagen aufgeführt werden, die unter die Begriffsbestimmung des Artikels 1 des Pariser Uebereinkommens fallen.

b) Zu diesem Zweck übermittelt jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat der belgischen Regierung bei Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ein vollständiges Verzeichnis dieser Anlagen.

c) Dieses Verzeichnis enthält :

i) bei allen noch nicht fertiggestellten Anlagen die Angabe des vorgesehenen Zeitpunkts des Eintretens der Gefahr eines nuklearen Ereignisses;

ii) ferner bei Reaktoren die Angabe des für ihr erstmaliges Kritischwerden vorgesehenen Zeitpunkts und die Angabe ihrer thermischen Leistung.

d) Jede Vertragspartei teilt ferner der belgischen Regierung den tatsächlichen Zeitpunkt des Eintretens der Gefahr eines nuklearen Ereignisses sowie bei Reaktoren denjenigen des erstmaligen Kritischwerdens mit.

e) Jede Vertragspartei übermittelt der belgischen Regierung jede Aenderung, die an der Liste vorzunehmen ist, betreffend die Aenderung der Hierarchie einer Kernanlage, so soon die Mitteilung spätestens drei Monate vor dem vorgesehenen Zeitpunkt des Eintretens der Gefahr eines nuklearen Ereignisses vorgenommen werden.

f) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass das von einer anderen Vertragspartei übermittelte Verzeichnis oder eine von dieser mitgeteilte Aenderung an der Liste den Bestimmungen des Artikels 2 Absatz a) i) und dieses Artikels nicht entspricht, so kann sie Einwendungen hiergegen nur durch Mitteilung an die belgische Regierung und binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt erheben, zu welchem sie eine Mitteilung entsprechend Absatz h) erhalten hat.

g) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass eine gemäss diesem Artikel erforderliche Mitteilung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen vorgenommen worden ist, so kann sie Einwendungen nur durch Mitteilung an die belgische Regierung binnen drei Monaten erheben, nachdem sie Kenntnis von den Tatsachen erhalten hat, die ihrer Meinung nach hätten mitgeteilt werden müssen.

h) Die belgische Regierung wird unverzüglich jeder Vertragspartei die Mitteilungen und Einwendungen notifizieren, die sie gemäss diesem Artikel erhalten hat.

i) Die Gesamtheit der Verzeichnisse und Aenderungen gemäss den Absätzen b), c), d) und e) stellt die in Artikel 2 Absatz a) i) vorgesehene Liste dar mit der Massgabe, dass die nach Absatz f) und g) vorgebrachten Einwendungen, sofern sie zugelassen werden, Rückwirkung auf den Tag haben, an dem sie erhoben worden sind.

j) Die belgische Regierung übermittelt den Vertragsparteien auf ihr Ersuchen eine auf dem neuesten Stand gehaltene Aufstellung der unter dieses Uebereinkommen fallenden Kernanlagen mit den nach den Bestimmungen dieses Artikels über sie gemachten Angaben.

Artikel 14

a) Soweit in diesem Uebereinkommen nichts anderes bestimmt wird, kann jede Vertragspartei die ihr nach dem Pariser Uebereinkommen zustehenden Befugnisse ausüben, und alle demgemäss erlassenen Vorschriften können hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel den anderen Vertragsparteien entgegengehalten werden.

b) Die von einer Vertragspartei gemäss den Artikeln 2, 7 c) und 9 des Pariser Uebereinkommens erlassenen Vorschriften können jedoch einer anderen Vertragspartei hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) genannten öffentlichen Mittel nur entgegeng gehalten werden, wenn diese ihnen zugestimmt hat.

c) Dieses Uebereinkommen schliesst nicht aus, dass eine Vertragspartei ausserhalb des Pariser Uebereinkommens und dieses Uebereinkommens Vorschriften erlässt, sofern dadurch für die anderen Vertragsparteien keine zusätzlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Mittel entstehen.

Artikel 15

a) Jede Vertragspartei kann mit einem Nicht-Vertragsstaat dieses Uebereinkommens ein Abkommen über den Ersatz aus öffentlichen Mitteln für Schäden schliessen, die durch ein nukleares Ereignis verursacht worden sind.

b) Soweit die Bedingungen für die Entschädigung nach einem solchen Abkommen nicht günstiger sind als diejenigen, die sich aus den von der betreffenden Vertragspartei zur Durchführung des Pariser Uebereinkommens und dieses Uebereinkommens erlassenen Vorschriften ergeben, kann der Betrag der Schäden, für die aufgrund eines solchen Abkommens Ersatz zu leisten ist und die durch ein unter dieses Uebereinkommen fallendes nukleares Ereignis verursacht worden sind, bei der Anwendung des Artikels 8 Satz 2 für die Berechnung des Gesamtbetrags der durch dieses nukleare Ereignis verursachten Schäden berücksichtigt werden.

c) In keinem Fall können die Vorschriften der Absätze a) und b) die sich aus Artikel 3 Absatz b) ii) und iii) ergebenden Verpflichtungen derjenigen Vertragsparteien berühren, die einem solchen Abkommen nicht zugestimmt haben.

d) Jede Vertragspartei, die den Abschluss eines solchen Uebereinkommens beabsichtigt, hat ihre Absicht den anderen Vertragsparteien mitzuteilen. Geschlossene Abkommen sind der belgischen Regierung zu notifizieren.

Artikel 16

a) Die Vertragsparteien konsultieren einander über alle Fragen von gemeinsamem Interesse, die sich aus der Durchführung dieses Uebereinkommens und des Pariser Uebereinkommens, insbesondere dessen Artikel 20 und 22 c), ergeben.

b) Sie konsultieren einander über die Zweckmässigkeit einer Revision dieses Uebereinkommens fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten sowie auf Antrag einer Vertragspartei zu jedem anderen Zeitpunkt.

Artikel 17

Streitigkeiten, die sich zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Uebereinkommens ergeben, sind auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Europäischen Gerichtshof für Kernenergie vorzulegen, der durch das Uebereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie errichtet worden ist.

Artikel 18

a) Vorbehalte zu einer oder mehreren Bestimmungen dieses Uebereinkommens können jederzeit vor der Ratifizierung dieses Uebereinkommens gemacht werden, wenn die Unterzeichnerstaaten ihnen ausdrücklich zugestimmt haben, oder beim Beitritt oder bei Anwendung der Artikel 21 und 24, wenn ihnen alle Unterzeichner- und beitretenden Staaten ausdrücklich zugestimmt haben.

b) Die Zustimmung eines Unterzeichnerstaates ist jedoch nicht erforderlich, wenn er selbst nicht binnen zwölf Monaten, nachdem ihm gemäss Artikel 25 der Vorbehalt durch die belgische Regierung notifiziert worden ist, dieses Uebereinkommen ratifiziert hat.

c) Jeder gemäss Absatz a) zugelassene Vorbehalt kann jederzeit durch Notifizierung an die belgische Regierung zurückgezogen werden.

Artikel 19

Ein Staat kann nur dann Vertragspartei dieses Uebereinkommens werden oder bleiben, wenn er auch Vertragspartei des Pariser Uebereinkommens ist.

Artikel 20

a) Der Anhang zu diesem Uebereinkommen bildet einen integrierenden Bestandteil desselben.

b) Dieses Uebereinkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.

c) Dieses Uebereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde in Kraft.

d) Für jeden Unterzeichnerstaat, der dieses Uebereinkommen nach Hinterlegung der sechsten Urkunde ratifiziert, tritt es drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

Artikel 21

Aenderungen dieses Uebereinkommens werden im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien angenommen. Sie treten in Kraft, wenn alle Vertragsparteien sie ratifiziert oder bestätigt haben.

Artikel 22

- a) Nach dem Inkrafttreten dieses Uebereinkommens kann jede Vertragspartei des Pariser Uebereinkommens, die das Zusatzübereinkommen nicht unterzeichnet hat, ihren Beitritt zu diesem durch Notifizierung an die belgische Regierung beantragen.
- b) Für den Beitritt ist die einstimmige Zustimmung der Vertragsparteien erforderlich.
- c) Nach dieser Zustimmung hinterlegt die antragstellende Vertragspartei des Pariser Uebereinkommens ihre Beitrittsurkunde bei der belgischen Regierung.
- d) Der Beitritt wird drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Beitrittsurkunde wirksam.

Artikel 23

- a) Dieses Uebereinkommen bleibt bis zum Ablauf des Pariser Uebereinkommens in Kraft.
- b) Jede Vertragspartei kann, soweit es sie betrifft, dieses Uebereinkommen auf das Ende der in Artikel 22 a) des Pariser Uebereinkommens festgelegten Zehnjahresfrist unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr durch Notifizierung an die belgische Regierung kündigen. Binnen sechs Monaten nach der Notifizierung dieser Kündigung kann jede andere Vertragspartei, soweit es sie betrifft, durch Notifizierung an die belgische Regierung dieses Uebereinkommen zu demjenigen Zeitpunkt kündigen, an dem es für die Vertragspartei ausser Kraft tritt, die die erste Notifizierung vorgenommen hat.
- c) Der Ablauf dieses Uebereinkommens oder die Kündigung durch eine der Vertragsparteien berührt nicht die Verpflichtungen, die jede Vertragspartei aufgrund dieses Uebereinkommens in bezug auf den Ersatz von Schäden aus einem vor dem Zeitpunkt des Ablaufs oder der Kündigung eingetretenen nuklearen Ereignis übernimmt.
- d) Die Vertragsparteien konsultieren einander rechtzeitig über die Massnahmen, die nach Ablauf dieses Uebereinkommens oder nach Kündigung durch eine oder mehrere Vertragsparteien zu treffen sind, damit Schäden, die ein danach eingetretenes nukleares Ereignis verursacht hat,

für die der Inhaber einer Kernanlage haftet, die vor dem genannten Zeitpunkt im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien in Betrieb war, in einem mit der in diesem Uebereinkommen vorgesehenen Regelung vergleichbaren Umfang ersetzt werden.

Artikel 24

- a) Dieses Uebereinkommen gilt für das Mutterland der Vertragsparteien.
- b) Wünscht eine Vertragspartei, dieses Uebereinkommen auf ein oder mehrere Hoheitsgebiete anzuwenden, für welche sie die Geltung des Pariser Uebereinkommens gemäss dessen Artikel 23 angezeigt hat, so stellt sie einen Antrag bei der belgischen Regierung.
- c) Die Anwendung dieses Uebereinkommens auf die genannten Hoheitsgebiete bedarf der einstimmigen Zustimmung der Vertragsparteien.
- d) Nach Erteilung dieser Zustimmung übermittelt die betreffende Vertragspartei der belgischen Regierung eine Erklärung, die mit dem Zeitpunkt ihres Erhalts wirksam wird.
- e) Eine solche Erklärung kann von der Vertragspartei, die sie abgegeben hat, hinsichtlich aller darin angeführten Hoheitsgebiete mit einer Frist von einem Jahr durch Schreiben an die belgische Regierung zurückgezogen werden.
- f) Tritt das Pariser Uebereinkommen für eines dieser Hoheitsgebiete ausser Kraft, so tritt auch dieses Uebereinkommen für das betreffende Hoheitsgebiet ausser Kraft.

Artikel 25

Die belgische Regierung notifiziert allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten den Erhalt jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde sowie jeder Kündigung oder sonstigen Notifizierung, die sie erhalten hat. Sie notifiziert ihnen ferner den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Uebereinkommens, den Wortlaut der angenommenen Änderungen und den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens sowie die gemäss Artikel 18 gemachten Vorbehalte.

CONVENTION SUPPLEMENTARY

TO THE PARIS CONVENTION OF 29TH JULY 1960 ON THIRD PARTY LIABILITY IN THE FIELD OF NUCLEAR ENERGY

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, Spain, the French Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation,

Being Parties to the Convention of 29th July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development (hereinafter referred to as the "Paris Convention"),

Desirous of supplementing the measures provided in that Convention with a view to increasing the amount of compensation for damage which might result from the use of nuclear energy for peaceful purposes,

Have agreed as follows :

Article 1

The system instituted by this Convention is supplementary to that of the Paris Convention, shall be subject to the provisions of the Paris Convention, and shall be applied in accordance with the following Articles.

Article 2

a) The system of this Convention shall apply to damage caused by nuclear incidents, other than those occurring entirely in the territory of a State which is not a Party to this Convention :

i) for which an operator of a nuclear installation, used for peaceful purposes, situated in the territory of a Contracting Party to this Convention (hereinafter referred to as a "Contracting Party"), and which appears on the list established and kept up to date in accordance with the terms of Article 13, is liable under the Paris Convention;

and

ii) suffered

1. in the territory of Contracting Party;

or

2. on or over the high seas on board a ship or aircraft registered in the territory of a Contracting Party;

or

3. on or over the high seas by a national of a Contracting Party, provided that, in the case of damage to a ship or an aircraft, the ship or aircraft is registered in the territory of a Contracting Party;

provided that the courts of a Contracting Party have jurisdiction pursuant to the Paris Convention.

b) Any Signatory or acceding Government may, at the time of signature of or accession to this Convention or on the deposit of its instrument of ratification, declare that, for the purposes of the application of paragraph(a) (ii) of this Article, individuals or certain categories thereof, considered under its law as having their habitual residence in its territory, are assimilated to its own nationals.

c) In this Article, the expression "a national of a Contracting Party" shall include a Contracting Party or any of its constituent sub-divisions, or a partnership, or any public or private body whether corporate or not established in the territory of a Contracting Party.

Article 3

a) Under the conditions established by this Convention, the Contracting Parties undertake that compensation in respect of the damage referred to in Article 2 shall be provided up to the amount of 120 million units of account per incident.

b) Such compensation shall be provided :

- i) up to an amount of at least 5 million units of account, out of funds provided by insurance or other financial security, such amount to be established by the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated;
- ii) between this amount and 70 million units of account, out of public funds to be made available by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated;
- iii) between 70 million and 120 million units of account, out of public funds to be made available by the Contracting Parties according to the formula for contributions specified in Article 12.

c) For this purpose, each Contracting Party shall either

- i) establish the maximum liability of the operator, pursuant to Article 7 of the Paris Convention, at 120 million units of account, and provide that such liability shall be covered by all the funds referred to in paragraph (b) of this Article; or
- ii) establish the maximum liability of the operator at an amount at least equal to that established pursuant to paragraph (b) (i) of this Article and provide that, in excess of such amount and up to 120 million units of account, the public funds referred to in paragraph (b) (ii) and (iii) of this Article shall be made available by some means other than as cover for the liability of the operator, provided that the rules of substance and procedure laid down in this Convention are not thereby affected.

d) The obligation of the operator to pay compensation, interest or costs out of public funds made available pursuant to paragraphs (b) (ii) and (iii), and (f) of this Article shall only be enforceable against the operator as and when such funds are in fact made available.

e) The Contracting Parties, in carrying out this Convention, undertake not to make use of the right provided for in Article 15 (b) of the Paris Convention to apply special conditions

- i) in respect of compensation for damage provided out of the funds referred to in paragraph (b) (i) of this Article;
- ii) other than those laid down in this Convention in respect of compensation for damage provided out of the public funds referred to in paragraph (b) (ii) and (iii) of this Article.

f) The interest and costs referred to in Article 7 (g) of the Paris Convention are payable in addition to the amounts referred to in paragraph (b) of this Article and shall be borne in so far as they are awarded in respect of compensation payable out of the funds referred to in :

- i) paragraph (b) (i) of this Article, by the operator liable;

- ii) paragraph (b) (ii) of this Article, by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of that operator is situated;

- iii) paragraph (b) (iii) of this Article, by the Contracting Parties together.

g) For the purposes of this Convention, "unit of account" means the unit of account of the European Monetary Agreement as defined at the date of the Paris Convention.

Article 4

a) If a nuclear incident causes damage which gives rise to liability of more than one operator, the aggregate liability provided for in Article 5 (b) of the Paris Convention shall not, to the extent that public funds have to be made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii), exceed 120 million units of account.

b) The total amount of the public funds made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii) shall not, in such event, exceed the difference between 120 million units of account and the sum of the amounts established with respect to such operators pursuant to Article 3 (b) (i) or, in the case of an operator whose nuclear installation is situated in the territory of a State which is not a Party to this Convention, the amount established pursuant to Article 7 of the Paris Convention. If more than one Contracting Party is required to make available public funds pursuant to Article 3 (b) (ii), such funds shall be made available by them in proportion to the number of nuclear installations situated in their respective territories, which are involved in the nuclear incident and of which the operators are liable.

Article 5

a) Where the operator liable has a right of recourse pursuant to Article 6 (f) of the Paris Convention, the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of that operator is situated shall take such legislative measures as are necessary to enable both that Contracting Party and the other Contracting Parties to benefit from this recourse to the extent that public funds have been made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii), and (f).

b) Such legislation may provide, for the recovery of public funds made available pursuant to Article 3 (b) (ii) and (iii), and (f) from such operator if the damage results from fault on his part.

Article 6

In calculating the public funds to be made available pursuant to this Convention, account shall be taken only of those rights to compensation exercised within ten years from the date of the nuclear incident. In the case of damage caused by a nuclear incident involving nuclear fuel or radioactive products or waste which at the time of

the incident have been stolen, lost or abandoned and have not yet been recovered, the period shall be ten years from the date of the theft, loss or abandonment. It shall also be extended in the cases and under the conditions laid down in Article 8 (b) of the Paris Convention. Amendments made to claims after the expiry of this period, under the conditions laid down in Article 8 (d) of the Paris Convention, shall also be taken into account.

Article 7

Where a Contracting Party makes use of the right provided for in Article 8 (a) of the Paris Convention, the period which it establishes shall be three years either from the date at which the person suffering damage has knowledge or from the date at which he ought reasonably to have known of both the damage and the operator liable.

Article 8

Any person who is entitled to benefit from the provisions of this Convention shall have the right to full compensation in accordance with national law for damage suffered, provided that, where the amount of damage exceeds or is likely to exceed :

- i) 120 million units of account; or
- ii) if there is aggregate liability under Article 5 (b) of the Paris Convention and a higher sum results therefrom, such higher sum,

any Contracting Party may establish equitable criteria for apportionment. Such criteria shall be applied whatever the origin of the funds and, subject to the provisions of Article 2, without discrimination based on the nationality, domicile or residence of the person suffering the damage.

Article 9

- a) The system of disbursements by which the public funds required under Article 3 (b) (ii) and (iii) and (f) are to be made available shall be that of the Contracting Party whose courts have jurisdiction.
- b) Each Contracting Party shall ensure that persons suffering damage may enforce their rights to compensation without having to bring separate proceedings according to the origin of the funds provided for such compensation.
- c) No Contracting Party shall be required to make available the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) so long as any of the funds referred to in Article 3 (b) (i) remain available.

Article 10

- a) The Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be required to inform the other Contracting Parties of a nuclear incident and its circumstances as soon as

it appears that the damage caused by such incident exceeds, or is likely to exceed, 70 million units of account. The Contracting Parties shall without delay make all the necessary arrangements to settle the procedure for their relations in this connection.

- b) Only the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be entitled to request the other Contracting Parties to make available the public funds required under Article 3 (b) (iii) and (f) and shall have exclusive competence to disburse such funds.
- c) Such Contracting Party shall, when the occasion arises, exercise the right of recourse provided for in Article 5 on behalf of the other Contracting Parties who have made available public funds pursuant to Article 3 (b) (iii) and (f).
- d) Settlements effected in respect of the payment of compensation out of the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) in accordance with the conditions established by national legislation shall be recognized by the other Contracting Parties, and judgments entered by the competent courts in respect of such compensation shall become enforceable in the territory of the other Contracting Parties in accordance with the provisions of Article 13 (e) of the Paris Convention.

Article 11

- a) If the courts having jurisdiction are those of a Contracting Party other than the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated, the public funds required under Article 3 (b) (ii) and (f) shall be made available by the first-named Contracting Party. The Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated shall reimburse to the other Contracting Party the sums paid. These two Contracting Parties shall agree on the procedure for reimbursement.
- b) In adopting all legislative, regulatory or administrative provisions, after the nuclear incident has occurred, concerning the nature, form and extent of the compensation, the procedure for making available the public funds required under Article 3 (b) (ii) and, if necessary, the criteria for the apportionment of such funds, the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall consult the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated. It shall further take all measures necessary to enable the latter to intervene in proceedings and to participate in any settlement concerning compensation.

Article 12

- a) The formula for contributions according to which the Contracting Parties shall make available the public funds referred to in Article 3 (b) (iii) shall be determined as follows :
 - i) as to 50 %, on the basis of the ratio between the gross national product at current prices of each Con-

Contracting Party and the total of the gross national products at current prices of all Contracting Parties as shown by the official statistics published by the Organization for Economic Co-operation and Development for the year preceding the year in which the nuclear incident occurs;

ii) as to 50 %, on the basis of the ratio between the thermal power of the reactors situated in the territory of each Contracting Party and the total thermal power of the reactors situated in the territories of all the Contracting Parties. This calculation shall be made on the basis of the thermal power of the reactors shown at the date of the nuclear incident in the list referred to in Article 2 (a) (i) : provided that a reactor shall only be taken into consideration for the purposes of this calculation as from the date when it first reaches criticality.

b) For the purposes of this Convention, "thermal power" means :

- i) before the issue of a final operating licence, the planned thermal power;
- ii) after the issue of such licence, the thermal power authorized by the competent national authorities.

Article 13

a) Each Contracting Party shall ensure that all nuclear installations used for peaceful purposes situated in its territory, and falling within the definition in Article 1 of the Paris Convention, appear on the list referred to in Article 2 (a) (i).

b) For this purpose, each Signatory or acceding Government shall, on the deposit of its instrument of ratification or accession, communicate to the Belgian Government full particulars of such installations.

c) Such particulars shall indicate :

- i) in the case of all installations not yet completed, the expected date on which the risk of a nuclear incident will exist;
- ii) and further, in the case of reactors, the expected date on which they will first reach criticality, and also their thermal power.

d) Each Contracting Party shall also communicate to the Belgian Government the exact date of the existence of the risk of a nuclear incident and, in the case of reactors, the date on which they first reached criticality.

e) Each Contracting Party shall also communicate to the Belgian Government all modifications to be made to the list. Where such modifications include the addition of a nuclear installation, the communication must be made at least three months before the expected date on which the risk of a nuclear incident will exist.

f) If a Contracting Party is of the opinion that the particulars, or any modification to be made to the list, communicated by another Contracting Party do not comply

with the provisions of Article 2 (a) (i) and of this Article, it may raise objections thereto only by addressing them to the Belgian Government within three months from the date on which it has received notice pursuant to paragraph (h) of this Article.

g) If a Contracting Party is of the opinion that a communication required in accordance with this Article has not been made within the time prescribed in this Article, it may raise objections only by addressing them to the Belgian Government within three months from the date on which it knew of the facts which, in its opinion, ought to have been communicated.

h) The Belgian Government shall give notice as soon as possible to each Contracting Party of the communications and objections which it has received pursuant to this Article.

i) The list referred to in Article 2 (a) (i) shall consist of all the particulars and modifications referred to in paragraphs (b), (c), (d) and (e) of this Article, it being understood that objections submitted pursuant to paragraphs (f) and (g) of this Article shall have effect retrospective to the date on which they were raised, if they are sustained.

j) The Belgian Government shall supply any Contracting Party on demand with an up-to-date statement of the nuclear installations covered by this Convention and the details supplied in respect of them pursuant to this Article.

Article 14

a) Except in so far as this Convention otherwise provides, each Contracting Party may exercise the powers vested in it by virtue of the Paris Convention, and any provisions made thereunder may be invoked against the other Contracting Parties in order that the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) be made available.

b) Any such provisions made by a Contracting Party pursuant to Articles 2, 7 (c) and 9 of the Paris Convention as a result of which the public funds referred to in Article 3 (b) (ii) and (iii) are required to be made available may not be invoked against any other Contracting Party unless it has consented thereto.

c) Nothing in this Convention shall prevent a Contracting Party from making provisions outside the scope of the Paris Convention and of this Convention, provided that such provisions shall not involve any further obligation on the part of the other Contracting Parties in so far as their public funds are concerned.

Article 15

a) Any Contracting Party may conclude an agreement with a State which is not a Party to this Convention concerning compensation out of public funds for damage caused by a nuclear incident.

b) To the extent that the conditions for payment of compensation under any such agreement are not more favourable than those which result from measures adopted by the Contracting Party concerned for the application of the Paris Convention and of this Convention, the amount of damage caused by a nuclear incident covered by this Convention and for which compensation is payable by virtue of such an agreement may be taken into consideration, where the proviso to Article 8 applies, in calculating the total amount of damage caused by that incident.

c) The provisions of paragraphs (a) and (b) of this Article shall in no case affect the obligations under Article 3 (b) (ii) and (iii) of those Contracting Parties which have not given their consent to such agreement.

d) Any Contracting Party intending to conclude such an agreement shall notify the other Contracting Parties of its intention. Agreements concluded shall be notified to the Belgian Government.

Article 16

a) The Contracting Parties shall consult each other upon all problems of common interest raised by the application of this Convention and of the Paris Convention, especially Articles 20 and 22 (c) of the latter Convention.

b) They shall consult each other on the desirability of revising this Convention after a period of five years from the date of its coming into force, and at any other time upon the request of a Contracting Party.

Article 17

Any dispute arising between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention shall, upon the request of a Contracting Party concerned, be submitted to the European Nuclear Energy Tribunal established by the Convention of 20th December 1957 on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy.

Article 18

a) Reservations to one or more of the provisions of this Convention may be made at any time prior to ratification of this Convention if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories or, at the time of accession or of the application of the provisions of Articles 21 and 24, if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories and acceding Governments.

b) Such acceptance shall not be required from a Signatory which has not itself ratified this Convention within a period of twelve months after the date of notification to it of such reservation by the Belgian Government in accordance with Article 25.

c) Any reservation accepted in accordance with the provisions of paragraph (a) of this Article may be withdrawn at any time by notification addressed to the Belgian Government.

Article 19

No State may become or continue to be a Contracting Party to this Convention unless it is a Contracting Party to the Paris Convention.

Article 20

a) The Annex to this Convention shall form an integral part thereof.

b) This Convention shall be ratified. Instruments of ratification shall be deposited with the Belgian Government.

c) This Convention shall come into force three months after the deposit of the sixth instrument of ratification.

d) For each Signatory ratifying this Convention after the deposit of the sixth instrument of ratification, it shall come into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification.

Article 21

Amendments to this Convention shall be adopted by agreement among all the Contracting Parties. They shall come into force on the date when all Contracting Parties have ratified or confirmed them.

Article 22

a) After the coming into force of this Convention, any Contracting Party to the Paris Convention which has not signed this Convention may request accession to this Convention by notification addressed to the Belgian Government.

b) Such accession shall require the unanimous assent of the Contracting Parties.

c) Once such assent has been given, the Contracting Party to the Paris Convention requesting accession shall deposit its instrument of accession with the Belgian Government.

d) The accession shall take effect three months from the date of deposit of the instrument of accession.

Article 23

a) This Convention shall remain in force until the expiry of the Paris Convention.

b) Any Contracting Party may, by giving twelve months notice to the Belgian Government, terminate the applica-

cation of this Convention to itself after the end of the period of ten years specified in Article 22 (a) of the Paris Convention. Within six months after receipt of such notice, any other Contracting Party may, by notice to the Belgian Government, terminate the application of this Convention to itself as from the date when it ceases to have effect in respect of the Contracting Party which first gave notice.

- c) The expiry of this Convention or the withdrawal of a Contracting Party shall not terminate the obligations assumed by each Contracting Party under this Convention to pay compensation for damage caused by nuclear incidents occurring before the date of such expiry or withdrawal.
- d) The Contracting Parties shall, in good time, consult each other on what measures should be taken after the expiry of this Convention or the withdrawal of one or more of the Contracting Parties, to provide compensation comparable to that accorded by this Convention for damage caused by nuclear incidents occurring after the date of such expiry or withdrawal and for which the operator of a nuclear installation in operation before such date within the territories of the Contracting Parties is liable.

Article 24

- a) This Convention shall apply to the metropolitan territories of the Contracting Parties.
- b) Any Contracting Party desiring the application of this Convention to one or more of the territories in res-

pect of which, pursuant to Article 23 of the Paris Convention, it has given notification of application of that Convention, shall address a request to the Belgian Government.

- c) The application of this Convention to any such territory shall require the unanimous assent of the Contracting Parties.
- d) Once such assent has been given, the Contracting Party concerned shall address to the Belgian Government a notification which shall take effect as from the date of its receipt.
- e) Such notification may, as regards any territory mentioned therein, be withdrawn by the Contracting Party which has made it by giving twelve months' notice to that effect to the Belgian Government.
- f) If the Paris Convention ceases to apply to any such territory, this Convention shall also cease to apply thereto.

Article 25

The Belgian Government shall notify all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, accession or withdrawal, and shall also notify them of the date on which this Convention comes into force, the text of any amendment thereto and the date on which such amendment comes into force, any reservations made in accordance with Article 18, and all notifications which it has received.

CONVENIO COMPLEMENTARIO

AL CONVENIO DE PARIS DEL 29 DE JULIO DE 1960
SOBRE RESPONSABILIDAD CIVIL EN EL CAMPO DE LA ENERGIA NUCLEAR

LOS GOBIERNOS de la República Federal Alemana, de la República de Austria, del Reino de Bélgica, del Reino de Dinamarca, de España, de la República Francesa, de la República Italiana, del Gran Ducado de Luxemburgo, del Reino de Noruega, del Reino de los Países Bajos, del Reino Unido de Gran Bretaña y de Irlanda del Norte, del Reino de Suecia y de la Confederación Suiza,

Partes en el Convenio del 29 de Julio de 1960 sobre responsabilidad civil en materia de energía nuclear concertado dentro del cuadro de la Organización de Cooperación Económica Europea, convertida en Organización de Cooperación y Desarrollo Económico (que en lo sucesivo llamaremos « Convenio de París »),

Deseosos de complementar las medidas previstas en este Convenio a fin de incrementar la cuantía de la reparación de los daños que pudieran resultar de la utilización de la energía nuclear con fines pacíficos,

Acuerdan lo siguiente :

Artículo 1

El régimen complementario al del Convenio de París, instituido por el presente Convenio, se somete a las disposiciones del Convenio de París, así como a las normas establecidas a continuación.

Artículo 2

a) El régimen del presente Convenio se aplica a los daños causados por accidentes nucleares, siempre que no sean los ocurridos totalmente en el territorio de un Estado no contratante del presente Convenio :

i) cuya responsabilidad incumbe, en virtud del Convenio de París, a la entidad explotadora de una instalación nuclear para uso pacífico situada en el territorio de una de las partes contratantes del presente Convenio (que en lo sucesivo llamaremos « Parte Contratante ») y que figure en la lista establecida y puesta al día en las condiciones previstas en el artículo 13,

ii) ocurridos :

1. en el territorio de una de las Partes Contratantes;

2. en alta mar o sobre su espacio aéreo, a bordo de un navío o de una aeronave matriculados en el territorio de una de las partes Contratantes;

3. sufridos por un súbdito de una de las Partes Contratantes en alta mar o sobre su espacio aéreo, a condición de que, si se trata de daños a un navío o aeronave, éstos estén matriculados en el territorio de una de las Partes Contratantes,

con la reserva de que los tribunales de una de las Partes Contratantes sean competentes conforme al Convenio de París.

b) Todo firmante o Gobierno adherido podrá, en el momento de la firma del Presente Convenio o de su adhesión al mismo, o en el momento de depositar su instrumento de ratificación, declarar que asimila a sus súbditos, a los fines de la aplicación del párrafo a) ii) que antecede, a las personas físicas que tienen su residencia habitual en su territorio de acuerdo con su legislación, o a algunas de ellas.

c) Según el sentido del presente artículo, la expresión « súbdito de una de las Partes Contratantes » comprende a toda Parte Contratante o a cualquier subdivisión política de tal Parte Contratante, o a cualquier persona moral de derecho público o de derecho privado, así como a cualquier entidad pública o privada que no tenga personalidad jurídica establecida en el territorio de una de las partes contratantes.

Artículo 3

a) En las condiciones establecidas por el presente Convenio las Partes Contratantes se comprometen a que la reparación de los daños previstos en el artículo 2 se efectúe hasta un total de 120 millones de unidades de cuenta por accidente.

b) Esta reparación se efectuará.

i) hasta un total por lo menos igual a 5 millones de unidades de cuenta, fijado al efecto en virtud de la legislación de la Parte Contratante en el territorio donde esté situada la instalación nuclear de la entidad explotadora responsable, mediante fondos procedentes de un seguro o de otra garantía financiera.

ii) entre este importe y 70 millones de unidades de cuenta mediante Fondos Públicos que se aportarán por la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la instalación nuclear de la empresa responsable.

iii) entre 70 y 120 millones de unidades de cuenta, mediante fondos públicos que deberán aportar las Partes Contratantes según la clave de reparto prevista en el artículo 12.

c) A tal efecto, cada Parte Contratante deberá :

i) bien fijar, conforme al artículo 7 del Convenio de París, el importe máximo de la responsabilidad de la entidad explotadora en 120 millones de unidades de cuenta y disponer que esta responsabilidad sea cubierta por el conjunto de fondos previstos en el párrafo b)

ii) o bien fijar el importe máximo de la responsabilidad de la entidad explotadora en un nivel por lo menos igual al establecido conforme al párrafo b) i) que antecede y disponer que por encima de ese importe y hasta un total de 120 millones de unidades de cuenta, los fondos públicos previstos en el párrafo b) ii) y iii) que anteceden serán otorgados con carácter diferente del de cobertura de la responsabilidad de la entidad explotadora, sin afectar, sin embargo, a las normas de fondo y procedimiento fijadas por el presente Convenio.

d) Las obligaciones, impuestas a la entidad explotadora de reparar los daños o de pagar con intereses y gastos por medio de los fondos concedidos de acuerdo con los párrafos b) ii), iii) y f) del presente Artículo, no serán exigibles más que en la medida en que estos fondos se hallen efectivamente situados.

e) Las Partes Contratantes se comprometen a no hacer uso en la ejecución del presente Convenio, de la facultad prevista en el artículo 15 b) del Convenio de París de dictar condiciones especiales :

i) para la reparación de daños efectuada por medio de los fondos mencionados en el párrafo b) i) que antecede,

ii) fuera de las del presente Convenio para la reparación de daños efectuado con los fondos publicos mencionados en el párrafo b) ii) y iii) que antecede.

f) Los intereses y gastos previstos en el art. 7 g) del Convenio de París se pagarán por encima de los importes indicados en el párrafo b). En la medida en que estén situados a título de una reparación indemnizable, de los fondos mencionados :

i) en el párrafo b) i) del presente artículo, correrán a cargo de la entidad explotadora responsable;

ii) en el párrafo b) ii) del presente artículo, correrán a cargo de la Parte Contratante en cuyo territorio está situada la instalación nuclear de esta entidad explotadora;

iii) en el párrafo b) iii) del presente artículo, a cargo del conjunto de las Partes Contratantes.

g) En la sentido del presente Convenio, unidad de cuenta significa la unidad de cuenta del acuerdo monetario europeo, tal cual se define en la fecha del Convenio de París.

Artículo 4

a) Si un accidente nuclear ocasiona un daño que implique responsabilidad para varias entidades explotadoras, la acumulación de responsabilidad prevista en el artículo 3 b) del Convenio de París sólo surtirá efecto, en la medida en que los fondos públicos previstos en el artículo 3 b) ii) y iii) deban ser asignados, hasta un límite de 120 millones de unidades de cuenta.

b) El importe global de los fondos públicos otorgados, en virtud del artículo 3 b) ii) y iii) en este caso no podrá ser superior a la diferencia entre 120 millones de unidades de cuenta y el total de los importes determinados para esas entidades explotadoras de conformidad con el artículo 3 b) i), o, en el caso de una entidad explotadora cuya instalación nuclear esté situada en el territorio de un Estado no contratante del presente Convenio, de conformidad con el artículo 7 del Convenio de París. Si fueran varias las Partes Contratantes que hubieran de otorgar fondos públicos, conforme al artículo 3 b) ii), la carga de esta aportación se repartirá entre ellas a prorrato según el número de las instalaciones nucleares situadas en el territorio de cada una de las que están comprometidas en el accidente nuclear y cuyas entidades explotadoras sean responsables.

Artículo 5

a) En el caso de que la entidad explotadora responsable tuviera derecho de recurso, de conformidad con el artículo 6 f) del Convenio de París, la Parte Contratante sobre cuyo territorio esté situada la instalación nuclear de dicha entidad, adoptará en su legislación las medidas necesarias para permitir a la citada Parte Contratante beneficiarse de este recurso, en la medida en que sean otorgados fondos públicos en consonancia con el artículo 3 b) ii), iii) y f).

b) Esta legislación podrá prever contra la entidad explotadora disposiciones para la recuperación de los fondos públicos concedidos según el art. 3 b) ii), iii) y f), si el daño obedece a una falta que le sea imputable.

Artículo 6

Para el cálculo de los fondos a otorgar en virtud del presente Convenio, se tomarán en consideración únicamente los derechos de reparación ejercidos en un plazo de

diez años a partir de la fecha del accidente nuclear. En caso de daño causado por accidente nuclear en el que intervengan combustibles nucleares, productos o residuos radiactivos, sustraídos, perdidos o abandonados en el momento del accidente, y no recuperados, el plazo empezará a correr a partir del momento del robo, pérdida o abandono. Además, se considerará prorrogado dicho plazo en los casos y condiciones establecidos por el artículo 8 b) del Convenio de París. Las reclamaciones complementarias presentadas después de expirado ese plazo, en las condiciones previstas por el artículo 8 d) del Convenio de París, serán igualmente tomadas en consideración.

Artículo 7

Cuando una Parte Contratante haga uso de la facultad prevista por el artículo 8 a) del Convenio de París, el plazo que fije será un plazo de prescripción de tres años a contar, desde el momento en que el perjudicado haya tenido conocimiento del daño y de la entidad explotadora responsable, o desde el momento en que razonablemente debería haber tenido conocimiento de ello.

Artículo 8

Toda persona que se beneficie de las disposiciones del presente Convenio, tendrá derecho a la reparación íntegra del daño sufrido de conformidad con lo previsto en la legislación nacional. Sin embargo, cualquier Parte Contratante podrá fijar criterios de reparto equitativo para el caso en que el importe de los daños sobrepase o pueda sobrepasar :

- i) los 120 millones de unidades de cuenta; o
- ii) la cantidad más elevada que resultaría de una acumulación de responsabilidad en virtud del art. 5 del Convenio de París,

sin que ello implique, sea cual sea el origen de los fondos, y a reserva de las disposiciones del art. 2, ninguna discriminación de nacionalidad, domicilio o residencia de la persona que haya sufrido el daño.

Artículo 9

- a) El régimen de concesión de fondos públicos previstos en el artículo 3 b) ii) y iii) y f) es el de la Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes.
- b) Cada parte contratante adoptará las disposiciones necesarias, a fin de que las personas que hayan sufrido un daño puedan hacer valer sus derechos de reparación sin tener que entablar procedimientos distintos según el origen de los fondos destinados a esta reparación.
- c) Ninguna parte contratante estará obligada a conceder los fondos públicos previstos en el artículo 3 b) ii) y iii) mientras estén disponibles los previstos en el artículo 3 b) i).

Artículo 10

- a) La Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes deberá informar a las otras Partes Contratantes del hecho y circunstancias del accidente nuclear en cuanto aparezca que los daños causados por el mismo pasan o pueden pasar del importe de 70 millones de unidades de cuenta. Las Partes Contratantes adoptarán inmediatamente las medidas necesarias para reglamentar las modalidades de sus informes.
- b) Sólo la Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes podrá pedir a las demás Partes Contratantes la concesión de fondos públicos previstos en el artículo 3 b) iii) y tendrá competencia para conceder esos fondos.
- c) Esta Parte Contratante ejercerá en su caso, los recursos previstos por el artículo 5 por cuenta de las otras Partes Contratantes que hubieran concedido fondos públicos según el art. 3) b) iii) y f).
- d) Las transacciones acordadas de conformidad con las condiciones establecidas por la legislación nacional respecto a la reparación de daños que corresponda efectuar mediante los fondos públicos previstos en el artículo 3 b) ii) y iii), serán reconocidas por las otras Partes Contratantes, y las sentencias pronunciadas por los Tribunales competentes en relación con dicha reparación tendrán carácter ejecutivo en el territorio de las otras Partes Contratantes de acuerdo con las disposiciones del art. 13) e) del Convenio de París.

Artículo 11

- a) Si los tribunales dependen de una Parte Contratante distinta de aquella en cuyo territorio esté situada la instalación nuclear de la entidad explotadora responsable, los fondos públicos mencionados en el artículo 3 b) ii) y f) serán otorgados por la primera de esas Partes. La Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la instalación nuclear de la entidad explotadora responsable reembolsará a la otra Parte las cantidades entregadas. Estas dos Partes Contratantes determinarán de común acuerdo las modalidades del reembolso.
- b) Para la adopción de todas las disposiciones legislativas, reglamentarias o administrativas posteriores al momento del accidente nuclear y relativas a la naturaleza, forma y extensión de la reparación, a las modalidades de concesión de fondos públicos, según el artículo 3 b) ii) y, en su caso, a los criterios de reparto de estos fondos, la Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes consultará con la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la instalación nuclear de la entidad explotadora responsable. Además, adoptará las medidas necesarias para permitir que ésta intervenga en el proceso y participe en las transacciones de reparación.

Artículo 12

- a) La clave de reparto por la que se regirán las Partes Contratantes para la concesión de fondos públicos previstos por el artículo 3 b) iii) se calculará así :

i) hasta el 50 % sobre la base de la relación existente entre el producto nacional bruto a los precios corrientes en cada Parte Contratante, de un lado, y, de otro, el total de los productos nacionales brutos a los precios corrientes en todas las Partes Contratantes, tal cual resulten en la estadística oficial publicada por la Organización de Cooperación y Desarrollo Económico para el año precedente a aquél en que sobrevino el accidente nuclear;

ii) hasta el 50 % sobre la base de la relación existente entre la potencia térmica de los reactores situados en el territorio de cada Parte Contratante, y la potencia térmica total de los reactores situados sobre el conjunto de los territorios de las Partes Contratantes. Este cálculo se efectuará a base de la potencia térmica de los reactores que figuran en la fecha del accidente, en la lista prevista en el artículo 2 a) i). Sin embargo, a los efectos del cálculo no se tendrán en cuenta los reactores hasta la fecha en que haya alcanzado la criticidad por primera vez.

b) En el sentido del presente Convenio « potencia térmica » significa:

i) antes de la entrega de la autorización de explotación definitiva, la potencia térmica prevista,

ii) después de la autorización, la potencia térmica autorizada por las autoridades nacionales competentes.

Artículo 13

a) Cada Parte Contratante deberá hacer constar en la lista prevista por el artículo 2 a) i) todas las instalaciones nucleares de uso pacífico situadas en su territorio que se ajusten a las definiciones del artículo 1 del Convenio de París.

b) A tal efecto, cada signatario o Gobierno adherido al Convenio comunicará al Gobierno Belga, en el momento de depositar su instrumento de ratificación o de adhesión, una lista completa de esas instalaciones.

c) La lista deberá indicar :

i) para todas las instalaciones aun no terminadas la indicación de la fecha en que se puede prever la existencia de riesgo de accidente nuclear

ii) y además, para los reactores, la indicación de la fecha en que se prevé que alcanzarán por primera vez la « criticidad » y la indicación de su potencia térmica.

d) Además, cada Parte Contratante comunicará al Gobierno belga la fecha exacta de la existencia del riesgo nuclear, y, en lo que se refiere a los reactores, la fecha en que hubieren alcanzado por primera vez su criticidad.

e) Cada Parte Contratante comunicará al Gobierno belga cualquier modificación a introducir en la lista. En caso de que la modificación implique la adición de una insta-

lación nuclear, la comunicación deberá hacerse por lo menos con tres meses de antelación a la fecha en que se prevé que existirá el riesgo de accidente nuclear.

f) Si una Parte Contratante estimara que la lista o una modificación a introducir en la lista comunicada por otra Parte Contratante no se ajusta a las disposiciones del artículo 2 a) i), ni a las disposiciones del presente artículo, sólo podrá oponer objeciones comunicándolo al Gobierno belga en un plazo de tres meses a partir de la fecha en que ha recibido la notificación conforme al párrafo h) del presente artículo.

g) Si una Parte Contratante opusiera que una de las comunicaciones requeridas de conformidad con el presente artículo no ha sido efectuada en los plazos prescritos, sólo podrá plantear sus objeciones comunicándolo al Gobierno belga en un plazo de tres meses a contar del momento en que hubiere tenido conocimiento de los hechos que a su juicio debían de haber sido comunicados.

h) El Gobierno belga notificará lo más pronto posible a cada parte contratante las comunicaciones y objeciones recibidas conforme al presente artículo.

i) El conjunto de datos y modificaciones mencionados en los párrafos b) c) d) y e) del presente artículo constituye la lista prevista en el art. 2 a) i), en la inteligencia de que las objeciones presentadas según los párrafos f) y g) tendrán efecto retroactivo desde el día en que se formulen, si son aceptadas.

j) El Gobierno belga enviará a las Partes Contratantes, a petición de éstas, un estado puesto al día que comprenda las instalaciones nucleares incluidas en el presente Convenio y las indicaciones facilitadas sobre el particular, en virtud de este artículo.

Artículo 14

a) Salvo que el presente Convenio no disponga lo contrario, cada Parte Contratante podrá ejercer las facultades que le corresponden según el Convenio de París, y todas las disposiciones adoptadas de esta forma pueden oponerse a las otras Partes Contratantes para la concesión de los fondos públicos previstos por el artículo 3 b) ii) y iii).

b) Sin embargo, las disposiciones adoptadas por una Parte Contratante de conformidad con los artículos 2, 7 c) y 9 del Convenio de París, no podrán oponerse a otra Parte Contratante para la concesión de los fondos públicos previstos en el artículo 3 b) ii) y iii) más que en el caso de haber recibido su consentimiento.

c) El presente Convenio no se opone a que una Parte Contratante adopte disposiciones fuera del cuadro del Convenio de París y del presente Convenio, pero a reserva de que esas disposiciones no impliquen obligaciones suplementarias para las otras Partes Contratantes en el sentido de comprometer los fondos públicos de esas partes.

Artículo 15

- a) Cualquier Parte Contratante podrá concertar con un Estado no Contratante del presente Convenio un acuerdo referente a la reparación con fondos públicos de daños producidos por un accidente nuclear.
- b) Siempre que las condiciones de reparación resultantes de tal acuerdo no sean más favorables que las condiciones resultantes de las disposiciones adoptadas para la aplicación del Convenio de París y del presente Convenio por la Parte Contratante de que se trata, el importe de los daños indemnizables en virtud de dicho acuerdo y causados por un accidente nuclear cubierto por el presente Convenio podrá ser tomado en consideración en vista de la aplicación del artículo 8, frase segunda, para el cálculo del importe total de los daños causados por este accidente.
- c) En ningún caso las disposiciones de los párrafos a) y b) del presente artículo podrán afectar las obligaciones que incumben a las Partes Contratantes que no hubieran dado su consentimiento a tal acuerdo, según el artículo 3 b) ii) y iii).
- d) Cualquier Parte Contratante que se proponga concluir un acuerdo de este tipo, deberá comunicar su propósito a las otras Partes Contratantes. Los acuerdos concluidos deberán notificarse al Gobierno belga.

Artículo 16

- a) Las Partes Contratantes se consultarán respecto a todos los problemas de interés común planteados por la aplicación del presente Convenio y por el Convenio de París, principalmente de los artículos, 20 y 22 c) de este último.
- b) También se consultarán sobre la oportunidad de revisar el presente Convenio al expirar el período de cinco años siguientes a la fecha de su entrada en vigor y en cualquier otro momento a petición de una de las Partes Contratantes.

Artículo 17

Cualquier divergencia existente entre dos o varias Partes Contratantes con respecto a la interpretación o aplicación del presente Convenio se someterá, a petición de Parte Contratante interesada, al Tribunal Europeo para la Energía Nuclear instituido por el Convenio de 20 de Diciembre de 1957 sobre el establecimiento de un control de seguridad en materia de energía nuclear.

Artículo 18

- a) Podrán formularse reservas sobre una o varias disposiciones del presente Convenio en cualquier momento antes de su ratificación, si sus términos han sido aceptados expresamente por todos los firmantes, en el momento de la adhesión o en el de la aplicación de las

disposiciones de los artículos 21 y 24, si sus términos hubieren sido aceptados expresamente por todos los firmantes y Gobiernos adheridos al presente Convenio.

- b) Sin embargo no se requiere la aceptación de un firmante si éste no ha ratificado el presente Convenio en un plazo de doce meses a partir de la fecha en que le haya sido comunicada por el Gobierno belga la notificación de la reserva, de conformidad con el artículo 25.
- c) Cualquier reserva aceptada de conformidad con las disposiciones previstas en el párrafo a) que antecede, podrá ser retirada en cualquier momento notificando al Gobierno belga.

Artículo 19

Un Estado sólo podrá ser Parte Contratante del presente Convenio si también lo es del Convenio de París.

Artículo 20

- a) El anexo del presente Convenio forma parte integrante del mismo.
- b) El presente Convenio será ratificado. Los instrumentos de ratificación se depositarán ante el Gobierno belga.
- c) El presente Convenio entrará en vigor tres meses después de haberse depositado el sexto instrumento de ratificación.
- d) Para cada firmante que ratifique el presente Convenio después del sexto depósito, aquél tendrá efecto tres meses después de la fecha del depósito de su instrumento de ratificación.

Artículo 21

Las modificaciones del presente Convenio se adoptarán de común acuerdo entre las Partes Contratantes. Entrarán en vigor en la fecha en que todas las Partes Contratantes las hayan ratificado o confirmado.

Artículo 22

- a) Después de la entrada en vigor de este Convenio, cualquier Parte Contratante del Convenio de París podrá solicitar la adhesión al presente Convenio por notificación dirigida al Gobierno belga.
- b) La adhesión precisa el acuerdo unánime de las Partes Contratantes.
- c) Después de este acuerdo, la Parte Contratante del Convenio de París que haya solicitado la adhesión, depositará su instrumento de adhesión ante el Gobierno belga.
- d) La adhesión surtirá efectos tres meses después de la fecha del depósito del instrumento de adhesión.

Artículo 23

- a) El presente Convenio seguirá en vigor hasta la expiración del Convenio de París.
- b) Cada Parte Contratante podrá poner fin, en lo que la concierne, a la aplicación del presente Convenio, una vez expirado el plazo de diez años establecido en el artículo 22 a) del Convenio de París, dando preaviso de un año y notificando al Gobierno belga. En el plazo de seis meses a contar de la notificación de este preaviso cada una de las otras Partes Contratantes podrá poner fin al presente Convenio mediante notificación al Gobierno belga, en lo que la concierne, en la fecha en que cese de tener efecto con respecto a la Parte Contratante que hubiere efectuado la primera notificación.
- c) La expiración del presente Convenio o la retirada de una de las Partes Contratantes no pondrá fin a las obligaciones que cada una de las Partes Contratantes, asuma en virtud del presente Convenio, para la reparación de los daños causados por un accidente nuclear ocurrido antes de la fecha de esta expiración o retirada.
- d) Las Partes Contratantes se consultarán en tiempo oportuno sobre las medidas a adoptar después de expirado el presente Convenio o la retirada de una o varias Partes Contratantes a fin de que sean reparados en una medida semejante a la prevista por el presente Convenio, los daños causados por accidentes sobrevenidos después de la fecha de esta expiración o retirada y de la cual sea responsable la entidad explotadora de una instalación nuclear que estuviera funcionando antes de esa fecha en los territorios de las Partes Contratantes.

Artículo 24

- a) El presente Convenio será de aplicación en los territorios metropolitanos de las Partes Contratantes.

- b) Toda Parte Contratante que desee que el presente Convenio sea de aplicación a uno o varios territorios para los cuales de conformidad con el artículo 23 del Convenio de París, haya indicado que este último Convenio deba aplicarse, dirigirá su solicitud al Gobierno belga.
- c) La aplicación del presente Convenio a esos territorios requiere el acuerdo unánime de las Partes Contratantes.
- d) Como consecuencia de este acuerdo, la Parte Contratante interesada enviará al Gobierno belga una declaración que surtirá efecto a partir de la fecha de su recepción.
- e) Una declaración de esta clase podrá, en lo que se refiere a todo territorio mencionado en la misma, ser retirada por la Parte Contratante que la haya efectuado mediante preaviso de un año al efecto, notificándolo al Gobierno belga.
- f) Si el Convenio de París dejara de ser de aplicación en uno de estos territorios, el presente Convenio cesaría igualmente de serle aplicable.

Artículo 25

El Gobierno belga pasará comunicación a todos los firmantes y Gobiernos adheridos al Convenio, de la recepción de los instrumentos de ratificación, adhesión y retirada y de cualquier otra comunicación recibida. Notificará igualmente la fecha de entrada en vigor del presente Convenio, el texto de las modificaciones adoptadas y la fecha de entrada en vigor de estas modificaciones así como las reservas efectuadas de conformidad con el artículo 18.

CONVENTION COMPLEMENTAIRE

A LA CONVENTION DE PARIS DU 29 JUILLET 1960

SUR LA RESPONSABILITE CIVILE DANS LE DOMAINE DE L'ENERGIE NUCLEAIRE

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, de l'Espagne, de la République Française, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède et de la Confédération Suisse,

Parties à la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire (ci-après dénommée « Convention de Paris »), conclue dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Economique devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques,

Désireux d'apporter un complément aux mesures prévues dans cette Convention, en vue d'accroître l'importance de la réparation des dommages qui pourraient résulter de l'utilisation de l'énergie nucléaire à des fins pacifiques,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le régime complémentaire à celui de la Convention de Paris, institué par la présente Convention, est soumis aux dispositions de la Convention de Paris ainsi qu'aux dispositions fixées ci-après.

Article 2

a) Le régime de la présente Convention s'applique aux dommages causés par des accidents nucléaires autres que ceux qui sont survenus entièrement sur le territoire d'un Etat non contractant à la présente Convention :

i) dont la responsabilité incombe, en vertu de la Convention de Paris, à l'exploitant d'une installation nucléaire à usage pacifique, située sur le territoire d'une Partie Contractante à la présente Convention (ci-après dénommée « Partie Contractante ») et figurant sur la liste établie et mise à jour dans les conditions prévues à l'article 13,

ii) subis

1. sur le territoire d'une Partie Contractante
ou
2. en haute mer ou au-dessus, à bord d'un navire ou d'un aéronef immatriculé sur le territoire d'une Partie Contractante
ou
3. en haute mer ou au-dessus, par un ressortissant d'une Partie Contractante à condition, s'il s'agit de dommages à un navire ou à un aéronef, que celui-ci soit immatriculé sur le territoire d'une Partie Contractante,

sous réserve que les tribunaux d'une Partie Contractante soient compétents conformément à la Convention de Paris.

b) Tout Signataire ou Gouvernement adhérant à la Convention peut, au moment de la signature de la présente Convention ou de son adhésion à celle-ci ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, déclarer qu'il assimile à ses propres ressortissants, aux fins de l'application du paragraphe a) ii) ci-dessus, les personnes physiques qui ont leur résidence habituelle sur son territoire au sens de sa législation, ou certaines catégories d'entre elles.

c) Au sens du présent article, l'expression « ressortissant d'une Partie Contractante » couvre une Partie Contractante ou toute subdivision politique d'une telle Partie, ou toute personne morale de droit public ou de droit privé, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique, établie sur le territoire d'une Partie Contractante.

Article 3

a) Dans les conditions fixées par la présente Convention, les Parties Contractantes s'engagent à ce que la réparation des dommages visés à l'article 2 soit effectuée à

concurrence d'un montant de 120 millions d'unités de compte par accident.

b) Cette réparation est effectuée :

i) à concurrence d'un montant au moins égal à 5 millions d'unités de compte, fixé à cet effet en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, au moyen de fonds provenant d'une assurance ou d'une autre garantie financière;

ii) entre ce montant et 70 millions d'unités de compte, au moyen de fonds publics à allouer par la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable;

iii) entre 70 et 120 millions d'unités de compte, au moyen de fonds publics à allouer par les Parties Contractantes selon la clé de répartition prévue à l'article 12.

c) A cet effet, chaque Partie Contractante doit

i) soit fixer, conformément à l'article 7 de la Convention de Paris, le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant à 120 millions d'unités de compte et disposer que cette responsabilité est couverte par l'ensemble des fonds visés au paragraphe b) ci-dessus;

ii) soit fixer le montant maximum de la responsabilité de l'exploitant à un niveau au moins égal à celui qui est fixé conformément au paragraphe b) i) ci-dessus et disposer qu'au delà de ce montant et jusqu'à 120 millions d'unités de compte, les fonds publics visés au paragraphe b) ii) et iii) ci-dessus sont alloués à un titre différent de celui d'une couverture de la responsabilité de l'exploitant; toutefois, elle ne doit pas porter atteinte aux règles de fond et de procédure fixées par la présente Convention.

d) Les créances découlant de l'obligation pour l'exploitant de réparer des dommages ou de payer des intérêts et dépens au moyen des fonds alloués conformément aux paragraphes b) ii), iii) et f) du présent article ne sont exigibles à son égard qu'au fur et à mesure de l'allocation effective de ces fonds.

e) Les Parties Contractantes s'engagent à ne pas faire usage dans l'exécution de la présente Convention de la faculté prévue à l'article 15 b) de la Convention de Paris d'édicter des conditions particulières :

i) pour la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds visés au paragraphe b) i) ci-dessus;

ii) en dehors de celles de la présente Convention, pour la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds publics visés au paragraphe b) ii) et iii) ci-dessus.

f) Les intérêts et dépens visés à l'article 7 g) de la Convention de Paris sont payables au-delà des montants indiqués au paragraphe b) ci-dessus. Dans la mesure où ils sont alloués au titre d'une réparation payable sur les fonds visés :

i) au paragraphe b) i) ci-dessus, ils sont à la charge de l'exploitant responsable;

ii) au paragraphe b) ii) ci-dessus, ils sont à la charge de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de cet exploitant;

iii) au paragraphe b) iii) ci-dessus, ils sont à la charge de l'ensemble des Parties Contractantes.

g) Au sens de la présente Convention, « unité de compte » signifie l'unité de compte de l'Accord Monétaire Européen telle qu'elle est définie à la date de la Convention de Paris.

Article 4

a) Si un accident nucléaire entraîne un dommage qui implique la responsabilité de plusieurs exploitants, le cumul de responsabilités prévu à l'article 5 b) de la Convention de Paris ne joue, dans la mesure où des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) doivent être alloués, qu'à concurrence d'un montant de 120 millions d'unités de compte.

b) Le montant global des fonds publics alloués en vertu de l'article 3 b) ii) et iii) ne peut dépasser, dans ce cas, la différence entre 120 millions d'unités de compte et le total des montants déterminés pour ces exploitants conformément à l'article 3 b) i) ou, dans le cas d'un exploitant dont l'installation nucléaire est située sur le territoire d'un Etat non Contractant à la présente Convention, conformément à l'article 7 de la Convention de Paris. Si plusieurs Parties Contractantes sont tenues d'allouer des fonds publics, conformément à l'article 3 b) ii), la charge de cette allocation est répartie entre elles au prorata du nombre des installations nucléaires situées sur le territoire de chacune d'elles qui sont impliquées dans l'accident nucléaire et dont les exploitants sont responsables.

Article 5

a) Dans le cas où l'exploitant responsable a un droit de recours conformément à l'article 6 f) de la Convention de Paris, la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de cet exploitant adopte dans sa législation les dispositions nécessaires pour permettre à cette Partie Contractante et aux autres Parties Contractantes de bénéficier de ce recours dans la mesure où des fonds publics sont alloués au titre de l'article 3 b) ii), iii) et f).

b) Cette législation peut prévoir à l'encontre de cet exploitant des dispositions pour la récupération des fonds publics alloués au titre de l'article 3 b) ii), iii) et f) si le dommage résulte d'une faute qui lui soit imputable.

Article 6

Pour le calcul des fonds à allouer en vertu de la présente Convention, seuls sont pris en considération les droits à réparation exercés dans un délai de dix ans à compter de

l'accident nucléaire. En cas de dommage causé par un accident nucléaire mettant en jeu des combustibles nucléaires, produits ou déchets radio-actifs qui étaient, au moment de l'accident, volés, perdus ou abandonnés et n'avaient pas été récupérés, ce délai part du moment du vol, de la perte ou de l'abandon. Il est en outre, prolongé dans les cas et aux conditions fixés à l'article 8 b) de la Convention de Paris. Les demandes complémentaires présentées après l'expiration de ce délai, dans les conditions prévues à l'article 8 d) de la Convention de Paris, sont également prises en considération.

Article 7

Lorsqu'une Partie Contractante fait usage de la faculté prévue à l'article 8 a) de la Convention de Paris, le délai qu'elle fixe est un délai de prescription de trois ans à compter soit du moment où le lésé a eu connaissance du dommage et de l'exploitant responsable, soit du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance.

Article 8

Toute personne bénéficiant des dispositions de la présente Convention a droit à la réparation intégrale du dommage subi, conformément aux dispositions prévues par le droit national. Toutefois, chaque Partie Contractante peut fixer des critères de répartition équitables pour le cas où le montant des dommages dépasse ou risque de dépasser :

- i) 120 millions d'unités de compte, ou
- ii) la somme plus élevée qui résulterait d'un cumul de responsabilités en vertu de l'article 5 b) de la Convention de Paris,

sans qu'il en résulte, quelle que soit l'origine des fonds, et sous réserve des dispositions de l'article 2, de discrimination en fonction de la nationalité, du domicile ou de la résidence de la personne ayant subi le dommage.

Article 9

- a) Le régime d'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii), iii) et f) est celui de la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents.
- b) Chaque Partie Contractante prend les dispositions nécessaires pour que les personnes ayant subi un dommage puissent faire valoir leurs droits à réparation sans avoir à entamer des procédures différentes selon l'origine des fonds destinés à cette réparation.
- c) Aucune Partie Contractante n'est tenue d'allouer les fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) tant que des fonds visés à l'article 3 b) i) restent disponibles.

Article 10

- a) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents est tenue d'informer les autres Parties Contractantes

de la survenance et des circonstances d'un accident nucléaire dès qu'il apparaît que les dommages causés par cet accident dépassent ou risquent de dépasser le montant de 70 millions d'unités de compte. Les Parties Contractantes prennent sans délai toutes dispositions nécessaires pour régler les modalités de leurs rapports à ce sujet.

- b) Seule la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents peut demander aux autres Parties Contractantes l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) iii) et f) et a compétence pour attribuer ces fonds.
- c) Cette Partie Contractante exerce, le cas échéant, les recours visés à l'article 5 pour le compte des autres Parties Contractantes qui auraient alloué des fonds publics au titre de l'article 3 b) iii) et f).
- d) Les transactions intervenues conformément aux conditions fixées par la législation nationale au sujet de la réparation des dommages effectuée au moyen des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) seront reconnues par les autres Parties Contractantes, et les jugements prononcés par les tribunaux compétents au sujet d'une telle réparation deviendront exécutoires sur le territoire des autres Parties Contractantes conformément aux dispositions de l'article 13 e) de la Convention de Paris.

Article 11

- a) Si les tribunaux compétents relèvent d'une Partie Contractante autre que celle sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, les fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et f) sont alloués par la première de ces Parties. La Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable rembourse à l'autre les sommes versées. Ces deux Parties Contractantes déterminent d'un commun accord les modalités du remboursement.
- b) Dans l'adoption de toutes dispositions législatives, réglementaires ou administratives postérieures au moment de l'accident nucléaire et relatives à la nature, à la forme et à l'étendue de la réparation, aux modalités d'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et, le cas échéant, aux critères de répartition de ces fonds, la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents consulte la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable. En outre, elle prend toutes mesures nécessaires pour permettre à celle-ci d'intervenir dans les procès et de participer aux transactions concernant la réparation.

Article 12

- a) La clé de répartition selon laquelle les Parties Contractantes allouent les fonds publics visés à l'article 3 b) iii) est calculée :
 - i) à concurrence de 50 %, sur la base du rapport existant entre, d'une part, le produit national brut

aux prix courants de chaque Partie Contractante, et, d'autre part, le total des produits nationaux bruts aux prix courants de toutes les Parties Contractantes, tels qu'ils résultent de la statistique officielle publiée par l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques pour l'année précédant celle au cours de laquelle l'accident nucléaire sera survenu;

ii) à concurrence de 50 %, sur la base du rapport existant entre, d'une part, la puissance thermique des réacteurs situés sur le territoire de chaque Partie Contractante et, d'autre part, la puissance thermique totale des réacteurs situés sur l'ensemble des territoires des Parties Contractantes. Ce calcul sera effectué sur la base de la puissance thermique des réacteurs figurant, à la date de l'accident, sur la liste prévue à l'article 2 a) i). Cependant, un réacteur n'est pris en considération pour ce calcul qu'à partir de la date à laquelle il a atteint, pour la première fois, la criticalité.

b) Au sens de la présente Convention, « puissance thermique » signifie :

i) avant la délivrance de l'autorisation d'exploitation définitive, la puissance thermique prévue,

ii) après cette délivrance, la puissance thermique autorisée par les autorités nationales compétentes.

Article 13

a) Chaque Partie Contractante doit faire figurer sur la liste prévue à l'article 2 a) i) toutes les installations nucléaires à usage pacifique situées sur son territoire, répondant aux définitions de l'article premier de la Convention de Paris.

b) A cet effet, chaque Signataire ou Gouvernement adhérent à la présente Convention communique, au moment du dépôt de son instrument de ratification ou d'adhésion, le relevé complet de ces installations, au Gouvernement belge.

c) Ce relevé contient :

i) pour toutes les installations non encore achevées, l'indication de la date prévue d'existence du risque d'accident nucléaire;

ii) et de plus, pour les réacteurs, l'indication de la date à laquelle il est prévu qu'ils atteindront pour la première fois la criticalité et l'indication de leur puissance thermique.

d) Chaque Partie Contractante communique, en outre, au Gouvernement belge, la date exacte de l'existence du risque d'accident nucléaire et, pour les réacteurs, celle à laquelle ils ont atteint pour la première fois la criticalité.

e) Chaque Partie Contractante communique au Gouvernement belge toute modification à apporter à la liste. Au cas où la modification comporte l'adjonction d'une

installation nucléaire, la communication doit être faite au moins trois mois avant la date prévue d'existence du risque d'accident nucléaire.

f) Si une Partie Contractante est d'avis que le relevé ou une modification à apporter à la liste communiquée par une autre Partie Contractante n'est pas conforme aux dispositions de l'article 2 a) i) et aux dispositions du présent article, elle ne peut soulever d'objections à cet égard qu'en les adressant au Gouvernement belge dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle elle a reçu une notification conformément au paragraphe h) ci-dessous.

g) Si une Partie Contractante est d'avis qu'une des communications requises conformément au présent article n'a pas été faite dans les délais prescrits, elle ne peut soulever d'objections qu'en les adressant au Gouvernement belge dans un délai de trois mois à compter du moment où elle a eu connaissance des faits qui auraient dû, selon elle, être communiqués.

h) Le Gouvernement belge notifiera dès que possible à chaque Partie Contractante les communications et objections qu'il aura reçues conformément au présent article.

i) L'ensemble des relevés et modifications visés aux paragraphes b), c), d) et e) ci-dessus constitue la liste prévue à l'article 2 a) i), étant précisé que les objections présentées aux termes des paragraphes f) et g) ci-dessus ont effet rétroactif au jour où elles ont été formulées, si elles sont admises.

j) Le Gouvernement belge adresse aux Parties Contractantes sur leur demande un état à jour comprenant les installations nucléaires tombant sous la présente Convention et les indications fournies à leur sujet en vertu du présent article.

Article 14

a) Dans la mesure où la présente Convention n'en dispose pas autrement, chaque Partie Contractante peut exercer les compétences qui lui sont dévolues par la Convention de Paris et toutes dispositions ainsi prises sont opposables aux autres Parties Contractantes pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii).

b) Toutefois les dispositions prises par une Partie Contractante conformément aux articles 2, 7 c) et 9 de la Convention de Paris ne sont opposables à une autre Partie Contractante pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3 b) ii) et iii) que si elles ont reçu son consentement.

c) La présente Convention ne s'oppose pas à ce qu'une Partie Contractante prenne des dispositions en dehors du cadre de la Convention de Paris et de la présente Convention, sous réserve toutefois que ces dispositions n'entraînent pas d'obligations supplémentaires pour les autres Parties Contractantes dans la mesure où des fonds publics de ces Parties sont en cause.

Article 15

- a) Toute Partie Contractante peut conclure avec un Etat non Contractant à la présente Convention un accord portant sur la réparation, au moyen de fonds publics, de dommages causés par un accident nucléaire.
- b) Dans la mesure où les conditions de réparation résultant d'un tel accord ne sont pas plus favorables que celles résultant des dispositions prises pour l'application de la Convention de Paris et de la présente Convention par la Partie Contractante considérée, le montant des dommages indemnisables en vertu d'un tel accord et causés par un accident nucléaire couvert par la présente Convention peut être pris en considération, en vue de l'application de l'article 8, deuxième phrase, pour le calcul du montant total des dommages causés par cet accident.
- c) En aucun cas les dispositions des paragraphes a) et b) ci-dessus ne peuvent affecter les obligations incombant en vertu de l'article 3 b) ii) et iii) aux Parties Contractantes qui n'auraient pas donné leur consentement à un tel accord.
- d) Toute Partie Contractante qui se propose de conclure un tel accord doit faire part de son intention aux autres Parties Contractantes. Les accords conclus doivent être notifiés au Gouvernement belge.

Article 16

- a) Les Parties Contractantes se consulteront à l'égard de tous les problèmes d'intérêt commun posés par l'application de la présente Convention et de la Convention de Paris, notamment des articles 20 et 22 c) de cette dernière.
- b) Elles se consulteront sur l'opportunité de réviser la présente Convention au terme de la période de cinq ans qui suivra la date de son entrée en vigueur, et à tout autre moment, à la demande d'une Partie Contractante.

Article 17

Tout différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention sera soumis, à la demande d'une Partie Contractante intéressée, au Tribunal Européen pour l'Energie Nucléaire créé par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'Etablissement d'un Contrôle de Sécurité dans le domaine de l'Energie Nucléaire.

Article 18

- a) Des réserves portant sur une ou plusieurs dispositions de la présente Convention peuvent être formulées à tout moment avant la ratification de la présente Convention, si leurs termes ont été expressément acceptés par tous les Signataires, ou lors, soit de l'adhésion, soit de l'utilisation des dispositions des articles 21 et 24, si

leurs termes ont été expressément acceptés par tous les Signataires et Gouvernements adhérents à la présente Convention.

- b) Toutefois, l'acceptation d'un Signataire n'est pas requise si celui-ci n'a pas lui-même ratifié la présente Convention dans un délai de douze mois à partir de la date où la notification de la réserve lui a été communiquée par le Gouvernement belge conformément à l'article 25.
- c) Toute réserve acceptée conformément aux dispositions du paragraphe a) ci-dessus peut être retirée à tout moment par notification adressée au Gouvernement belge.

Article 19

Un Etat ne peut devenir ou rester Partie Contractante à la présente Convention que s'il est Partie Contractante à la Convention de Paris.

Article 20

- a) L'Annexe à la présente Convention fait partie intégrante de cette dernière.
- b) La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Gouvernement belge.
- c) La présente Convention entrera en vigueur trois mois après le dépôt du sixième instrument de ratification.
- d) Pour chaque Signataire ratifiant la présente Convention après le sixième dépôt, elle prendra effet trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification.

Article 21

Les modifications à la présente Convention sont adoptées du commun accord des Parties Contractantes. Elles entrent en vigueur à la date à laquelle toutes les Parties Contractantes les auront ratifiées ou confirmées.

Article 22

- a) Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, toute Partie Contractante à la Convention de Paris qui n'a pas signé la présente Convention peut demander à y adhérer par notification adressée au Gouvernement belge.
- b) L'adhésion requiert l'accord unanime des Parties Contractantes.
- c) A la suite de cet accord, la Partie Contractante à la Convention de Paris ayant demandé l'adhésion dépose son instrument d'adhésion auprès du Gouvernement belge.

- d) L'adhésion prendra effet trois mois après la date du dépôt de l'instrument d'adhésion.

Article 23

- a) La présente Convention reste en vigueur jusqu'à l'expiration de la Convention de Paris.
- b) Toute Partie Contractante pourra mettre fin, en ce qui la concerne, à l'application de la présente Convention au terme du délai de dix ans fixé à l'article 22 a) de la Convention de Paris en donnant un préavis d'un an à cet effet notifié au Gouvernement belge. Dans le délai de six mois suivant la notification de ce préavis, chaque Partie Contractante pourra par une notification au Gouvernement belge mettre fin à la présente Convention, en ce qui la concerne, à la date où elle cessera d'avoir effet à l'égard de la Partie Contractante qui aura effectué la première notification.
- c) L'expiration de la présente Convention ou le retrait d'une des Parties Contractantes ne met pas fin aux obligations que chaque Partie Contractante assume, en vertu de la présente Convention, pour la réparation des dommages causés par un accident nucléaire survenant avant la date de cette expiration ou de ce retrait.
- d) Les Parties Contractantes se consulteront en temps opportun sur les mesures à prendre après l'expiration de la présente Convention ou le retrait d'une ou de plusieurs Parties Contractantes, afin que soient réparés, dans une mesure comparable à celle prévue par la présente Convention, les dommages causés par des accidents survenus après la date de cette expiration ou de ce retrait, et dont la responsabilité incombe à l'exploitant d'une installation nucléaire qui était en fonctionnement avant cette date sur les territoires des Parties Contractantes.

Article 24

- a) La présente Convention s'applique aux territoires métropolitains des Parties Contractantes.
- b) Toute Partie Contractante qui désire que la présente Convention soit rendue applicable à un ou plusieurs territoires pour lesquels conformément à l'article 23 de la Convention de Paris, elle a indiqué que cette dernière Convention s'applique, adresse une demande au Gouvernement belge.
- c) L'application de la présente Convention à ces territoires requiert l'accord unanime des Parties Contractantes.
- d) A la suite de cet accord, la Partie Contractante intéressée adresse au Gouvernement belge une déclaration qui prend effet à compter du jour de sa réception.
- e) Un telle déclaration peut, en ce qui concerne tout territoire qui y est désigné, être retirée par la Partie Contractante qui l'a faite, en donnant un préavis d'un an à cet effet notifié au Gouvernement belge.
- f) Si la Convention de Paris cesse d'être applicable à un de ces territoires, la présente Convention cesse également de lui être applicable.

Article 25

Le Gouvernement belge donne communication à tous les Signataires et Gouvernements ayant adhéré à la Convention, de la réception des instruments de ratification, d'adhésion, de retrait et de toutes autres notifications qu'il aurait reçues. Il leur notifie également la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, le texte des modifications adoptées et la date d'entrée en vigueur de ces modifications, ainsi que les réserves faites conformément à l'article 18.

CONVENZIONE COMPLEMENTARE

ALLA CONVENZIONE DI PARIGI DEL 29 LUGLIO 1960
SULLA RESPONSABILITA' CIVILE NEL CAMPO DELL'ENERGIA NUCLEARE

I GOVERNI della Repubblica Federale di Germania, della Repubblica d'Austria, del Regno del Belgio, del Regno di Danimarca, della Spagna, della Repubblica Francese, della Repubblica Italiana, del Granducato del Lussemburgo, del Regno di Norvegia, del Regno dei Paesi Bassi, del Regno Unito di Gran Bretagna e d'Irlanda del Nord, del Regno di Svezia e della Confederazione Svizzera,

Parti contraenti della Convenzione del 29 luglio 1960 sulla responsabilità civile nel campo dell'energia nucleare, conclusa nell'ambito dell'Organizzazione Europea per la Cooperazione Economica, ora Organizzazione Economica di Cooperazione e di Sviluppo Economico (e qui di seguito denominata « Convenzione di Parigi »),

Desiderando adottare misure complementari a quelle previste in detta Convenzione, allo scopo di elevare l'ammontare del risarcimento dei danni eventualmente causati dall'utilizzazione pacifica dell'energia nucleare,

Hanno convenuto quanto segue :

Articolo 1

Il regime complementare a quello della Convenzione di Parigi, istituito dalla presente Convenzione, è soggetto alle disposizioni della Convenzione di Parigi, nonché alle norme seguenti.

Articolo 2

a) Il regime della presente Convenzione si applica ai danni cagionati da incidenti nucleari diversi da quelli verificatisi interamente sul territorio di uno Stato che non è Parte della presente Convenzione :

i) dei quali è responsabile, in virtù della Convenzione di Parigi, l'esercente di un impianto nucleare ad uso pacifico, situato sul territorio di una Parte Contraente della presente Convenzione (qui di seguito denominata « Parte Contraente ») e che figuri nella lista compilata ed aggiornata conformemente all'articolo 13,

ii) subiti :

1. sul territorio di una Parte Contraente
o
2. in alto mare o nello spazio aereo sovrastante, a bordo di una nave o di una aeronave registrata sul territorio di una Parte Contraente
ovvero
3. in alto mare e nello spazio aereo sovrastante, da cittadini di una Parte Contraente, a condizione, nel caso di danni ad una nave o ad una aeronave, che quest'ultima sia registrata sul territorio di una Parte Contraente e sempre che sussista la giurisdizione dei Tribunali di una delle Parti Contraenti.

b) Qualsiasi Stato che sottoscriva o aderisca alla presente Convenzione può all'atto della firma o dell'adesione oppure al momento del deposito dell'atto di ratifica, dichiarare di assimilare ai propri cittadini, ai fini dell'applicazione del precedente paragrafo a) ii), le persone fisiche che ai sensi della sua legislazione hanno la loro residenza abituale sul suo territorio.

c) Ai fini del presente articolo, l'espressione « cittadini di una Parte Contraente » si estende, oltre che allo Stato Contraente stesso, agli enti politici o amministrativi da esso dipendenti e alle persone giuridiche pubbliche o private, nonché a qualsiasi ente, sprovvisto della personalità giuridica, costituito nel territorio di una Parte Contraente.

Articolo 3

a) Alle condizioni stabilite dalla presente Convenzione, le Parti Contraenti si impegnano a provvedere in modo che il risarcimento dei danni di cui all'articolo 2 sia effettuato sino a concorrenza di 120 milioni di unità di conto per incidente.

b) Tale risarcimento viene effettuato :

- i) sino ad un importo di almeno 5 milioni di unità di conto, fissato a tal fine dalla legislazione della Parte Contraente sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile, mediante fondi provenienti da un'assicurazione o da altra garanzia finanziaria;
- ii) fra l'importo di cui alla lettera precedente e l'importo di 70 milioni di unità di conto, mediante fondi pubblici da corrispondersi dalla Parte Contraente sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile;
- iii) fra i 70 milioni e i 120 milioni di unità di conto, mediante fondi pubblici da corrispondersi dalle Parti Contraenti secondo il criterio di ripartizione previsto dall'articolo 12.

c) A tal fine, ciascuna Parte Contraente deve :

i) stabilire, conformemente all'articolo 7 della Convenzione di Parigi, in 120 milioni di unità di conto l'importo massimo della responsabilità dell'esercente e disporre che questa responsabilità sia coperta dall'insieme dei fondi di cui al precedente paragrafo b);

ovvero

ii) stabilire l'importo massimo della responsabilità dell'esercente in un ammontare almeno pari a quello stabilito conformemente al precedente paragrafo b) i) e disporre che, oltre tale importo e fino a 120 milioni di unità di conto, i fondi pubblici di cui ai precedenti paragrafi b) ii) e iii) siano corrisposti a titolo diverso dalla responsabilità dell'esercente, ferme restando tuttavia le norme sostanziali e di procedura stabilite dalla presente Convenzione.

d) I crediti derivanti dall'obbligo dell'esercente di risarcire il danno o di pagare interessi e spese con i fondi resi disponibili alla stregua del paragrafo b) ii), iii) e f) del presente articolo, divengono esigibili nei confronti dell'esercente medesimo soltanto nella misura e dal momento in cui tali fondi siano effettivamente assegnati.

e) Nel dare esecuzione alla presente Convenzione le Parti Contraenti si impegnano a non valersi della facoltà, prevista dall'articolo 15 b) della Convenzione di Parigi, di stabilire condizioni particolari :

i) per il risarcimento dei danni effettuato mediante i fondi di cui al precedente paragrafo b) i);

ii) diverse da quelle previste dalla presente Convenzione per il risarcimento dei danni effettuato mediante i fondi pubblici di cui al precedente paragrafo b) ii) e iii).

f) Oltre gli importi di cui al paragrafo b) possono essere corrisposti gli interessi e le spese di cui all'articolo 7 g) della Convenzione di Parigi.

Nella misura in cui tali interessi e spese vengano corrisposti a titolo di risarcimento imputabile sui fondi considerati :

i) al paragrafo b) i) del presente articolo, essi sono a carico dell'esercente responsabile;

ii) al paragrafo b) ii) del presente articolo, essi sono a carico della Parte Contraente sul territorio della quale è situato l'impianto nucleare di detto esercente;

iii) al paragrafo b) iii) del presente articolo, essi sono a carico delle Parti Contraenti nel loro insieme.

g) Per « unità di conto », ai sensi della presente Convenzione, si intende l'unità di conto dell'Accordo Monetario Europeo, quale definita alla data della Convenzione di Parigi.

Articolo 4

a) Qualora l'incidente nucleare cagioni un danno coinvolgente la responsabilità di più esercenti, il cumulo di responsabilità previsto all'articolo 5 b) della Convenzione di Parigi opera, nella misura in cui entrano in giuoco i fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) ii) e iii), solo a concorrenza della somma di 120 milioni di unità di conto.

b) L'importo complessivo dei fondi pubblici, da corrispondere a norma dell'articolo 3 b) ii) e iii), non può superare, nel caso di cui al paragrafo precedente, la differenza tra 120 milioni di unità di conto e la somma degli importi fissati, per gli esercenti interessati, in conformità dell'articolo 3 b) i) oppure, nel caso di un esercente il cui impianto nucleare sia situato sul territorio di uno Stato non Contraente della presente Convenzione, in conformità dell'articolo 7 della Convenzione di Parigi. Qualora più Parti Contraenti siano tenute a corrispondere fondi pubblici conformemente all'articolo 3 b) ii), l'onere viene ripartito tra di esse proporzionalmente al numero degli impianti nucleari situati sul territorio di ciascuna Parte Contraente che risultino coinvolti nell'incidente nucleare ed i cui esercenti siano responsabili.

Articolo 5

a) Qualora l'esercente responsabile abbia diritto di rivalsa conformemente all'articolo 6 f) della Convenzione di Parigi, la Parte Contraente sul cui territorio è situato l'impianto nucleare di tale esercente adotta le disposizioni legislative necessarie per consentire a se medesima ed alle altre Parti Contraenti di giovare della rivalsa stessa nella misura in cui siano corrisposti fondi pubblici a norma dell'articolo 3 b) ii) iii) e f).

b) Qualora il danno sia imputabile a colpa dell'esercente, dette disposizioni legislative possono prevedere la ripetizione, nei confronti dell'esercente stesso, dei fondi pubblici corrisposti alla stregua dell'articolo 3 b) ii) iii) e f).

Articolo 6

Per il calcolo dei fondi da corrispondere in base alla presente Convenzione sono presi in considerazione solo i diritti al risarcimento fatti valere entro un termine di

10 anni dall'incidente nucleare. Qualora il danno sia causato da incidente nucleare nel quale entrano in giuoco combustibili nucleari, prodotti o residui radioattivi che al momento dell'incidente erano sottratti, smarriti o abbandonati e non ancora recuperati, tale termine decorre dal momento del furto, della perdita o dell'abbandono.

Il termine è inoltre prorogato nei casi e alle condizioni di cui all'articolo 8 b) della Convenzione di Parigi. Malgrado la scadenza del termine suddetto saranno tuttavia prese in considerazione, secondo le condizioni previste dall'articolo 8 d) della Convenzione di Parigi, le domande supplementari di cui a detto articolo.

Articolo 7

Qualora una Parte Contraente faccia uso della facoltà prevista dall'articolo 8 a) della Convenzione di Parigi, il termine di prescrizione da essa fissato sarà di 3 anni a decorrere dalla data in cui la parte lesa ha avuto conoscenza del danno e dell'esercente responsabile, oppure dalla data in cui essa avrebbe dovuto ragionevolmente venirne a conoscenza.

Articolo 8

Le persone che beneficiano della presente Convenzione hanno diritto all'integrale risarcimento del danno subito secondo le norme del diritto interno applicabile. Ciascuna Parte Contraente può tuttavia fissare equi criteri di ripartizione per i casi in cui l'ammontare dei danni superi o si ritiene possa superare :

- i) 120 milioni di unità di conto
- ii) la somma più elevata che risulti disponibile per effetto di cumulo di responsabilità alla stregua dell'articolo 5 b) della Convenzione di Parigi,

purchè non ne derivino, quale che sia l'origine dei fondi e fatte salve le disposizioni dell'articolo 2, discriminazioni fondate sulla nazionalità, sul domicilio o sulla residenza della persona che ha subito il danno.

Articolo 9

- a) L'assegnazione dei fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) ii) iii) e f) è regolata dalle norme in vigore nello Stato i cui tribunali sono competenti.
- b) Ciascuna Parte Contraente adotta le disposizioni necessarie affinché le persone danneggiate possano far valer i propri diritti al risarcimento senza dover ricorrere a procedure diverse a seconda dell'origine dei fondi destinati al risarcimento.
- c) Le Parti Contraenti non sono tenute a rendere disponibili i fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) ii) e iii) sino a quando non siano esauriti i fondi di cui all'articolo 3 b) i).

Articolo 10

- a) La Parte Contraente i cui tribunali sono competenti ha l'obbligo di informare le altre Parti Contraenti di ogni incidente nucleare e delle circostanze in cui esso è avvenuto non appena risulti che i danni causati da tale incidente superano o possano superare l'importo di 70 milioni di unità di conto. Le Parti Contraenti adottano al più presto le misure necessarie per regolare le modalità di tali loro rapporti.
- b) Solo la Parte Contraente i cui tribunali sono competenti può chiedere alle altre Parti Contraenti lo stanziamento dei fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) iii) e può procedere all'attribuzione di detti fondi.
- c) Detta Parte Contraente esercita eventualmente per conto delle altre Parti Contraenti che abbiano corrisposto fondi pubblici alla stregua dell'articolo 3 b) iii) e f), i ricorsi previsti dall'articolo 5.
- d) Le transazioni concluse in conformità della legislazione nazionale in materia di risarcimento di danni mediante i fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) ii) e iii) sono riconosciute dalle altre Parti Contraenti; e le sentenze pronunciate dai tribunali competenti in merito a detto risarcimento saranno rese esecutive nel territorio delle altre Parti Contraenti secondo le disposizioni dell'articolo 13 c) della Convenzione di Parigi.

Articolo 11

- a) Qualora i tribunali competenti rilevino da una Parte Contraente diversa da quella sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile, i fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) ii) e f) sono corrisposti dalla prima di dette Parti Contraenti. La Parte Contraente sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile rimborsa all'altra le somme versate. Le due Parti Contraenti concordano tra loro le modalità del rimborso.
- b) Prima di adottare qualsiasi provvedimento legislativo, regolamentare o amministrativo, successivo all'incidente nucleare, concernente la natura, la forma e la misura del risarcimento, le modalità di stanziamento dei fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) ii), nonché, eventualmente, i criteri di ripartizione di detti fondi, la Parte Contraente i cui tribunali sono competenti consulta la Parte Contraente sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile. La Parte Contraente i cui tribunali sono competenti adotta le misure necessarie per consentire l'intervento nel processo di quest'ultima Parte Contraente e la sua partecipazione al risarcimento.

Articolo 12

L'onere della copertura mediante i fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) iii) è ripartito secondo i criteri seguenti :

- i) per il 50 %, in base al rapporto esistente tra il prodotto nazionale lordo, ai prezzi correnti, di ciascuna

Parte Contraente, ed il totale dei prodotti nazionali lordi ai prezzi correnti di tutte le Parti Contraenti, quali risultano dalle statistiche ufficiali pubblicate dall'Organizzazione di Cooperazione e di Sviluppo Economico, per l'anno precedente quello durante il quale si è verificato l'incidente;

- ii) per l'altro 50 %, in base al rapporto esistente tra la potenza termica dei reattori situati sul territorio di ciascuna Parte Contraente, e la potenza termica complessiva dei reattori situati sull'insieme dei territori delle Parti Contraenti. Tale calcolo sarà effettuato in base alla potenza termica dei reattori compresi, alla data dell'incidente nucleare, nell'elenco previsto dall'articolo 2 a) i).

Ai fini di detto calcolo i reattori sono tuttavia presi in considerazione soltanto a decorrere dalla data in cui hanno raggiunto per la prima volta la criticità.

b) Ai sensi della presente Convenzione « potenza termica » significa :

- i) prima della concessione dell'autorizzazione all'esercizio definitivo, la potenza termica prevista;
- ii) dopo tale concessione, la potenza termica autorizzata dalle autorità nazionali competenti.

Articolo 13

a) Ciascuna Parte Contraente deve far figurare nell'elenco previsto dall'articolo 2 a) i) tutti gli impianti nucleari a scopi pacifici situati sul suo territorio e che rispondono alle definizioni dell'articolo 1 della Convenzione di Parigi.

b) A tal fine, ciascuno Stato firmatario o aderente comunica al Governo belga, al momento del deposito dell'atto di ratifica o dell'adesione, la distinta completa di tali impianti.

c) Detta distinta contiene :

- i) per gli impianti non ancora ultimati, l'indicazione della data in cui si prevede possa sorgere il rischio di un incidente nucleare;
- ii) inoltre, per i reattori, l'indicazione della data in cui si prevede che essi raggiungeranno per la prima volta la criticità e l'indicazione della loro potenza termica.

d) Ciascuna Parte Contraente comunica altresì al Governo belga la data esatta dell'esistenza del rischio di incidente nucleare e, per i reattori, quella in cui hanno raggiunto per la prima volta la criticità.

e) Ciascuna Parte Contraente comunica al Governo belga le modifiche da apportare all'elenco. Qualora la variazione consista nell'aggiunta di un impianto nucleare, la comunicazione deve essere fatta almeno tre mesi prima della data in cui si prevede possa sorgere il rischio di un incidente nucleare.

f) Se una Parte Contraente ritiene che la distinta o la variazione da apportare all'elenco, comunicata da

un'altra Parte Contraente, non è conforme alle disposizioni dell'articolo 2 a) i) e alle disposizioni del presente articolo, essa può sollevare obiezioni soltanto comunicandole al Governo belga entro un termine di 3 mesi a decorrere dalla data in cui ha ricevuto la notifica di cui al paragrafo h) del presente articolo.

g) Se una Parte Contraente ritiene che una delle comunicazioni prescritte dal presente articolo non sia stata fatta entro il termine dovuto essa può sollevare obiezioni soltanto comunicandole al Governo belga entro un termine di tre mesi a decorrere dalla data in cui è venuta a conoscenza dei fatti che, a suo avviso, avrebbero dovuto formare oggetto di comunicazione.

h) Il Governo belga notificherà, non appena possibile, ad ogni Parte Contraente le comunicazioni e le obiezioni da esso ricevute in conformità del presente articolo.

i) L'insieme delle distinte e delle integrazioni di cui ai paragrafi b), c), d), ed e) del presente articolo costituisce l'elenco previsto dall'articolo 2 a) i), restando inteso che le obiezioni, avanzate ai sensi dei paragrafi f) e g) hanno effetto, qualora siano accolte, a partire dal giorno in cui sono state comunicate.

j) Il Governo belga trasmette alle Parti Contraenti, a loro richiesta, l'elenco aggiornato comprendente gli impianti nucleari soggetti al regime della presente Convenzione e i dati ad essi relativi raccolti a norma del presente articolo.

Articolo 14

a) Nella misura in cui la presente Convenzione non disponga altrimenti, ciascuna Parte Contraente può esercitare le competenze attribuitele dalla Convenzione di Parigi, e le disposizioni così adottate sono opponibili alle altre Parti Contraenti, per lo stanziamento di fondi pubblici, di cui all'articolo 3 b) ii) e iii).

b) Tuttavia, le disposizioni adottate da una Parte Contraente conformemente agli articoli 2, 7 c) e 9 della Convenzione di Parigi non sono opponibili ad un'altra Parte Contraente, per lo stanziamento dei fondi pubblici di cui all'articolo 3 b) ii) e iii), se questa non vi abbia consentito.

c) La presente Convenzione non pregiudica la facoltà di ogni Parte Contraente di adottare disposizioni al di fuori dell'ambito della Convenzione di Parigi e della presente Convenzione, semprechè da tali disposizioni non derivino oneri supplementari per le altre Parti Contraenti e nella misura in cui siano in causa fondi pubblici di queste ultime.

Articolo 15

a) Ogni Parte Contraente può concludere con uno Stato non contraente della presente Convenzione un accordo relativo al risarcimento mediante fondi pubblici di danni causati da un incidente nucleare.

b) Nella misura in cui le condizioni di risarcimento risultanti da tali accordi non fossero più favorevoli di quelle risultanti dalle disposizioni adottate per l'applicazione, dalla Parte Contraente considerata, della Convenzione di Parigi e della presente Convenzione, l'ammontare dei danni risarcibili in base a tali accordi e causati da un incidente nucleare coperto dalla presente Convenzione può essere preso in considerazione, ai fini dell'applicazione della seconda parte dell'articolo 8, per il calcolo dell'ammontare complessivo dei danni causati da tale incidente.

c) In nessun caso le disposizioni dei precedenti paragrafi a) e b) modificano gli obblighi che in virtù dell'articolo 3 b) ii) e iii) gravano sulle Parti Contraenti che non abbiano consentito all'accordo.

d) Ogni Parte Contraente che si proponga di concludere l'accordo di cui al presente articolo deve comunicare tale sua intenzione alle altre Parti Contraenti. Gli accordi conclusi devono essere notificati al Governo belga.

Articolo 16

a) Le Parti Contraenti si consulteranno su tutti i problemi di comune interesse sollevati dall'applicazione della presente Convenzione, della Convenzione di Parigi e, in particolare, degli articoli 20 e 22 c) di quest'ultima.

b) Esse si consulteranno sull'opportunità di procedere alla revisione della presente Convenzione al termine di un periodo di cinque anni dopo la data della sua entrata in vigore e, a richiesta di una Parte Contraente, in qualsiasi altro momento.

Articolo 17

Le controversie tra due o più Parti Contraenti relative all'interpretazione o all'applicazione della presente Convenzione saranno sottoposte, su richiesta della Parte Contraente interessata, al tribunale istituito dalla Convenzione del 20 dicembre 1957 relativa all'istituzione di un Controllo di Sicurezza nel campo dell'Energia Nucleare.

Articolo 18

a) Le disposizioni della presente Convenzione possono formare oggetto di riserve in qualsiasi momento anteriore alla ratifica, se le riserve siano state espressamente accettate da tutti gli Stati firmatari, oppure al momento dell'adesione o a quello della utilizzazione degli articoli 21 e 24, se le riserve stesse siano state espressamente accettate da tutti gli Stati firmatari o aderenti alla presente Convenzione.

b) L'accettazione da parte di uno Stato firmatario non è richiesta se questi non ha ratificato la presente Convenzione nel termine di dodici mesi a decorrere dalla data in cui la notifica della riserva gli è stata comunicata dal Governo belga conformemente all'articolo 25.

c) Qualsiasi riserva fatta conformemente alle disposizioni del paragrafo a) del presente articolo può essere ritirata in ogni momento mediante notifica al Governo belga.

Articolo 19

Uno Stato può divenire o rimanere Parte Contraente della presente Convenzione soltanto se sia Parte Contraente della Convenzione di Parigi.

Articolo 20

a) L'allegato alla presente Convenzione ne forma parte integrante.

b) La presente Convenzione sarà ratificata. Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Governo belga.

c) La presente Convenzione entrerà in vigore al termine di tre mesi dopo il deposito del sesto strumento di ratifica.

d) Per ogni Stato firmatario che ratifichi la presente Convenzione dopo il sesto deposito, questa entrerà in vigore al termine di tre mesi dopo il deposito del suo strumento di ratifica.

Articolo 21

Le modifiche alla presente Convenzione sono adottate dalle Parti Contraenti di comune accordo. Esse andranno in vigore alla data in cui tutte le Parti Contraenti le abbiano ratificato o confermate.

Articolo 22

a) Dopo l'entrata in vigore della presente Convenzione ogni Parte Contraente della Convenzione di Parigi che non abbia firmato la presente Convenzione può chiedere di aderirvi, mediante notifica indirizzata al Governo belga.

b) L'adesione è subordinata all'assenso unanime delle Parti Contraenti.

c) In seguito a tale assenso, la Parte Contraente della Convenzione di Parigi che intende aderire deposita il suo strumento di adesione presso il Governo belga.

d) L'adesione avrà effetto al termine di tre mesi dopo la data del deposito dello strumento di adesione.

Articolo 23

a) La presente Convenzione rimane in vigore fino alla scadenza della Convenzione di Parigi.

b) Ogni Parte Contraente potrà porre fine, per quanto la riguarda, all'applicazione della presente Convenzione al termine del periodo di dieci anni stabilito dall'articolo 22 a) della Convenzione di Parigi, dando a tal fine

un preavviso di un anno mediante notifica al Governo belga. Entro sei mesi successivi alla notifica di tale preavviso, ciascuna Parte Contraente potrà porre termine, per quanto la riguarda, alla presente Convenzione, alla data in cui questa cesserà di avere effetto per la Parte Contraente che abbia effettuato la prima notifica.

- c) La scadenza della presente Convenzione o il recesso di una delle Parti Contraenti non pone termine agli obblighi assunti in virtù della presente Convenzione per il risarcimento dei danni causati da un incidente nucleare avvenuto prima della data di detta scadenza o recesso.
- d) Le Parti Contraenti si consulteranno al momento opportuno sui provvedimenti da adottare, dopo la scadenza della presente Convenzione o dopo il recesso di una o più Parti Contraenti, affinché siano risarciti in misura analoga a quella stabilita dalla presente Convenzione i danni causati da incidenti avvenuti dopo detta scadenza o recesso e la responsabilità dei quali gravi sull'esercente di un impianto nucleare entrato in funzione prima di tale data sui territori delle Parti Contraenti.

Articolo 24

- a) La presente Convenzione si applica ai territori metropolitani delle Parti Contraenti.
- b) Qualsiasi Parte Contraente che desideri estendere l'applicazione della presente Convenzione ad uno o più dei territori ai quali, conformemente all'articolo 23 della

Convenzione di Parigi, essa abbia dichiarato di voler estendere quest'ultima, ne trasmette domanda al Governo belga.

- c) L'estensione della presente Convenzione a tali territori è subordinata all'accordo unanime delle Parti Contraenti.
- d) In seguito a tale accordo, la Parte Contraente interessata trasmette al Governo belga una dichiarazione che avrà effetto dal giorno dell'avvenuta ricezione.
- e) Tale dichiarazione può, per quanto riguarda i territori in essa designati, essere revocata dalla Parte Contraente interessata mediante preavviso di un anno da notificarsi al Governo belga.
- f) Qualora la Convenzione di Parigi cessi di essere applicabile ad uno dei territori di cui al precedente paragrafo, cesserà per esso anche l'applicazione della presente Convenzione.

Articolo 25

Il Governo belga dà comunicazione a tutti gli Stati firmatari e aderenti della ricezione degli strumenti di ratifica, di adesione e di recesso e di ogni altra notifica ad esso pervenuta. Lo stesso Governo notificherà, inoltre, la data di entrata in vigore della presente Convenzione, il testo delle modifiche adottate e la data dell'entrata in vigore delle modifiche stesse nonché le riserve fatte conformemente all'articolo 18.

VERDRAG TOT AANVULLING

VAN HET VERDRAG VAN PARIJS VAN 29 JULI 1960 INZAKE WETTELIJKE
AANSPRAKELIJKHEID OP HET GEBIED VAN DE KERNENERGIE

DE REGERINGEN van de Bondsrepubliek Duitsland, de Republiek Oostenrijk, het Koninkrijk België, het Koninkrijk Denemarken, Spanje, de Franse Republiek, de Italiaanse Republiek, het Groothertogdom Luxemburg, het Koninkrijk Noorwegen, het Koninkrijk der Nederlanden, het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland, het Koninkrijk Zweden en de Zwitserse Bondsstaat.

Partijen bij het Verdrag van 29 juli 1960 inzake wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie, gesloten in het kader van de Organisatie voor Europese Economische Samenwerking en Ontwikkeling (hierna te noemen "Verdrag van Parijs"),

Geleid door de wens de maatregelen waarin dat Verdrag voorziet aan te vullen, ten einde het bedrag der vergoeding voor schade, veroorzaakt door het gebruik van kernenergie voor vreedzame doeleinden, te verhogen,

Zijn overeengekomen als volgt :

Artikel 1

De regeling waarin dit Verdrag voorziet ter aanvulling van die van het Verdrag van Parijs is onderworpen aan de bepalingen van het Verdrag van Parijs en aan de hierna vastgestelde bepalingen.

Artikel 2.

a) De regeling in dit Verdrag voorzien is van toepassing op schade, veroorzaakt door kernongevallen, met uitzondering van die welke zich geheel hebben voorgedaan op het grondgebied van een Staat die geen Partij is bij dit Verdrag :

i) waarvoor krachtens het Verdrag van Parijs de aansprakelijkheid berust bij de exploitant van een kerninstallatie voor vreedzaam gebruik, gelegen op het grondgebied van een Partij bij het onderhavige Verdrag (hierna genoemd "Partij") en vermeld op de lijst die overeenkomstig artikel 13 wordt opgesteld en bijgehouden,

ii) en die geleden is

1. op het grondgebied van een Partij, of

2. in volle zee of daarboven, aan boord van een schip of een luchtvaartuig, ingeschreven op het grondgebied van een Partij, of

3. in volle zee of daarboven, door een onderdaan van een Partij, onder voorwaarde dat, indien het schade aan een schip of een luchtvaartuig betreft, dit schip of luchtvaartuig op het grondgebied van een Partij is ingeschreven,

mits de rechters van een Partij bevoegd zijn overeenkomstig het Verdrag van Parijs.

b) Iedere ondertekenende of toetredende Regering kan bij de ondertekening van dit Verdrag of bij de toetreding daartoe dan wel bij de nederlegging van haar akte van bekrachtiging verklaren, dat zij voor de toepassing van lid a) ii) natuurlijke personen die volgens haar wetgeving hun gewone verblijfplaats op haar grondgebied hebben, of bepaalde categorieën daarvan, gelijkstelt met haar eigen onderdanen.

c) Voor de toepassing van dit artikel wordt onder de uitdrukking « onderdaan van een Partij » mede verstaan iedere Partij of ieder staatsrechtelijk onderdeel van een Partij of iedere publiek- of privaatrechtelijke rechtspersoon, alsmede ieder publiek- of privaatrechtelijk lichaam zonder rechtspersoonlijkheid, gevestigd op het grondgebied van een Partij.

Artikel 3

a) Overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag verplichten de Partijen zich ervoor zorg te dragen, dat de in artikel 2 bedoelde schade tot een bedrag van 120 miljoen rekeneenheden per ongeval wordt vergoed.

b) Deze schadevergoeding vindt plaats :

i) tot een bedrag van ten minste 5 miljoen rekeneenheden, dat daarvoor is vastgesteld krachtens de wet-

geving van de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen, uit middelen afkomstig van een verzekering of andere financiële zekerheid;

ii) tussen dit bedrag en 70 miljoen rekeneenheden, uit openbare middelen, ter beschikking te stellen door de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen;

iii) tussen 70 miljoen en 120 miljoen rekeneenheden, uit openbare middelen, ter beschikking te stellen door de Partijen volgens de in artikel 12 vastgestelde verdeelsleutel.

c) Te dien einde moet elke Partij

i) hetzij overeenkomstig artikel 7 van het Verdrag van Parijs het maximumbedrag van de aansprakelijkheid van de exploitant vaststellen op 120 miljoen rekeneenheden en bepalen dat deze aansprakelijkheid wordt gedekt door alle in lid b) bedoelde middelen;

ii) hetzij de maximumgrens der aansprakelijkheid van de exploitant vaststellen op een bedrag dat ten minste gelijk is aan het overeenkomstig lid b) i) vastgestelde bedrag, en bepalen dat boven dat bedrag tot 120 miljoen rekeneenheden de in lid b) ii) en iii) bedoelde openbare middelen ter beschikking worden gesteld anders dan ter dekking van de aansprakelijkheid van de exploitant, mits geen inbreuk wordt gemaakt op de in dit Verdrag vastgestelde materieelrechtelijke en procesrechtelijke regels.

d) De exploitant is slechts gehouden zijn verplichting tot betaling van schadevergoeding uit de overeenkomstig artikel 3 b) ii) en iii) en f) ter beschikking gestelde middelen na te komen, naarmate deze middelen daadwerkelijk ter beschikking worden gesteld.

e) De Partijen verplichten zich bij de uitvoering van dit Verdrag geen gebruik te maken van de in artikel 15 b) van het Verdrag van Parijs bedoelde bevoegdheid tot het stellen van bijzondere voorwaarden :

i) voor schadevergoeding uit de in lid b) i) bedoelde middelen;

ii) buiten de in dit Verdrag vastgestelde voorwaarden, voor schadevergoeding uit de in lid b) ii) en iii) bedoelde openbare middelen.

f) De in artikel 7 g) van het Verdrag van Parijs bedoelde kosten en interesten zijn verschuldigd boven de in lid b) genoemde bedragen en zijn, naar gelang zij zijn toegevoegd uit hoofde van schadevergoeding ten laste van de middelen bedoeld in :

i) lid b) i), voor rekening van de aansprakelijke exploitant;

ii) lid b) ii), voor rekening van de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van deze exploitant is gelegen;

iii) lid b) iii), voor rekening van de Partijen gezamenlijk.

g) Voor de toepassing van dit Verdrag wordt onder rekeneenheid verstaan de rekeneenheid van de Europese Mone-

taire Overeenkomst, als vastgesteld op de datum van het Verdrag van Parijs.

Artikel 4

a) Indien een kernongeval schade teweegbrengt die aanleiding geeft tot aansprakelijkheid van meer dan één exploitant, belooft de gezamenlijke aansprakelijkheid, bedoeld in artikel 5 b) van het Verdrag van Parijs, ten hoogste 120 miljoen rekeneenheden, voor zover openbare middelen, als bedoeld in artikel 3 b) ii) en iii), ter beschikking moeten worden gesteld.

b) Het totaal van de krachtens artikel 3 b) ii) en iii) ter beschikking gestelde openbare middelen kan in dat geval niet meer bedragen dan het verschil tussen de som van de voor die exploitanten overeenkomstig artikel 3 b) i) of, indien de kerninstallatie van de exploitant is gelegen op het grondgebied van een Staat die geen Partij is bij dit Verdrag, overeenkomstig artikel 7 van het Verdrag van Parijs vastgestelde bedragen, en 120 miljoen rekeneenheden. Indien meer dan één Partij verplicht is openbare middelen ter beschikking te stellen overeenkomstig artikel 3 b) ii), wordt het bedrag hiervan omgeslagen over deze Partijen naar verhouding van het aantal op het grondgebied van ieder hunner gelegen kerninstallaties, die betrokken zijn bij het kernongeval en waarvan de exploitanten aansprakelijk zijn.

Artikel 5

a) Indien de aansprakelijke exploitant recht van verhaal heeft overeenkomstig artikel 6 f) van het Verdrag van Parijs, treft de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van deze exploitant is gelegen, in haar wetgeving de nodige voorzieningen om dit recht van verhaal aan deze Partij en de overige Partijen ten goede te doen komen, voor zover openbare middelen beschikbaar worden gesteld krachtens artikel 3 b) ii) en iii) en f).

b) Deze wetgeving kan voor het terugverkrijgen van de krachtens artikel 3 b) ii) en iii) en f) ter beschikking gestelde openbare middelen, van de aansprakelijke exploitant, voorzien in maatregelen, indien de schade aan diens schuld te wijten is.

Artikel 6

Voor de berekening van de krachtens dit Verdrag ter beschikking te stellen bedragen worden uitsluitend de rechten op schadevergoeding in aanmerking genomen, die binnen een termijn van tien jaar na de datum van het kernongeval geldend worden gemaakt. In geval van schade veroorzaakt door een kernongeval, waarbij splijtstoffen of radioactieve producten of afvalstoffen zijn betrokken, welke op het tijdstip van het ongeval gestolen, verloren of verlaten zijn en niet zijn terugverkregen, gaat deze termijn in op het tijdstip waarop die goederen gestolen, verloren of verlaten werden. De termijn wordt voorts verlengd in de gevallen en onder de voorwaarden, vermeld in artikel 8 b) van het Verdrag van Parijs. Een wijziging van eis overeen-

komstig artikel 8 d) van het Verdrag van Parijs na het verstrijken van deze termijn, wordt mede in aanmerking genomen.

Artikel 7

Wanneer een Partij gebruik maakt van de bevoegdheid, bedoeld in artikel 8 a) van het Verdrag van Parijs, is de door haar bepaalde termijn een verjaringstermijn van drie jaar, die ingaat op de dag waarop de persoon die schade heeft geleden kennis draagt of redelijkerwijze geacht kan worden kennis te dragen van de schade en de aansprakelijke exploitant.

Artikel 8

Ieder die aan dit Verdrag een aanspraak op schadevergoeding ontleent, heeft recht op de volledige vergoeding van de geleden schade overeenkomstig het nationale recht. Nochtans kan elke Partij maatstaven voor een billijke verdeling vaststellen voor het geval dat het bedrag van de schade :

- i) 120 miljoen rekeneenheden, of
- ii) indien uit een cumulatie van aansprakelijkheid krachtens artikel 5 b) van het Verdrag van Parijs een hoger bedrag zou voortvloeien, dat hogere bedrag

te boven gaat of dreigt te boven te gaan, ongeacht de herkomst der middelen en, behoudens het bepaalde in artikel 2, zonder onderscheid naar nationaliteit en naar woon- of verblijfplaats van de persoon die de schade heeft geleden.

Artikel 9

- a) De regeling volgens welke de in artikel 3 b) ii) en iii) en f) bedoelde openbare middelen beschikbaar worden gesteld, is die van de Partij waarvan de rechters bevoegd zijn.
- b) Iedere Partij dient er voor zorg te dragen dat de personen die schade hebben geleden hun rechten op schadevergoeding kunnen uitoefenen, zonder dat zij gedingen, die naargelang van de herkomst der voor deze schadevergoeding bestemde gelden verschillen, aanhangig behoeven te maken.
- c) Geen Partij is gehouden de in artikel 3 b) ii) en iii) bedoelde openbare middelen ter beschikking te stellen, zolang er nog middelen, als bedoeld in artikel 3 b) i), beschikbaar zijn.

Artikel 10

- a) De Partij wier rechters bevoegd zijn, is verplicht de overige Partijen in te lichten omtrent het plaatsvinden en de toedracht van een kernongeval, zodra blijkt dat de schade, veroorzaakt door dit ongeval, een bedrag van 70 miljoen rekeneenheden te boven gaat of dreigt te

boven te gaan. De Partijen nemen onverwijld alle maatregelen die voor het regelen van hun betrekkingen terzake noodzakelijk zijn.

- b) Alleen de Partij wier rechters bevoegd zijn kan van de overige Partijen de terbeschikkingstelling van de in artikel 3 b) iii) en f) bedoelde openbare middelen verlangen en is bevoegd tot uitkering van deze middelen.
- c) Deze Partij oefent zo nodig de in artikel 5 bedoelde verhaalsrechten uit ten behoeve van de overige Partijen, indien deze uit hoofde van artikel 3 b) iii) en f) openbare middelen ter beschikking hebben gesteld.
- d) Dadingen en schikkingen die zijn aangegaan overeenkomstig de in de nationale wetgeving bepaalde voorwaarden met betrekking tot schadevergoeding uit de in artikel 3 b) ii) en iii) bedoelde openbare middelen, worden door de overige Partijen erkend; vonnissen, gewezen door de bevoegde rechters terzake van zodanige schadevergoeding, worden uitvoerbaar op het grondgebied van de overige Partijen overeenkomstig de bepalingen van artikel 13 e) van het Verdrag van Parijs.

Artikel 11

- a) Indien de rechters van een andere Partij dan die op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen, bevoegd zijn, worden de in artikel 3 b) ii) en f) bedoelde openbare middelen uitgekeerd door de eerstbedoelde Partij. De Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen, betaalt de uitgekeerde bedragen aan de andere Partij terug. De beide Partijen bepalen in onderlinge overeenstemming de wijze van terugbetaling.
- b) Wanneer de Partij wier rechters bevoegd zijn, na het tijdstip van het ongeval wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen vaststelt, die betrekking hebben op de aard, de vorm en de omvang van de schadevergoeding, op de wijze van terbeschikkingstelling van de in artikel 3 b) ii) bedoelde openbare middelen en eventueel op de maatstaven voor de verdeling van deze middelen, raadpleegt zij dienaangaande de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen. Bovendien treft zij alle vereiste maatregelen, ten einde laatstgenoemde Partij in staat te stellen zich in gedingen te voegen of daarin tussen te komen en deel te nemen aan dadingen en schikkingen inzake schadevergoeding.

Artikel 12

- a) De verdeelsleutel volgens welke de Partijen de in artikel 3 b) iii) bedoelde openbare middelen ter beschikking stellen, wordt vastgesteld als volgt :
 - i) voor 50 % op de grondslag van de verhouding tussen het bruto nationaal produkt tegen lopende prijzen van elke Partij, enerzijds, en het gezamenlijk bedrag van het bruto nationaal produkt tegen lopende prijzen van alle Partijen, anderzijds, zoals deze cijfers voor het jaar voorafgaande aan dat

waarin het kernongeval zich heeft voorgedaan, worden afgeleid uit de officiële statistieken, gepubliceerd door de Organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling;

- ii) voor 50 % op de grondslag van de verhouding tussen het thermisch vermogen van de reactoren die zich op het grondgebied van elke Partij bevinden, enerzijds, en het gezamenlijk thermisch vermogen van de reactoren die zich op het grondgebied van alle Partijen bevinden, anderzijds. Deze berekening zal worden gebaseerd op het thermische vermogen van de reactoren die op de datum van het kernongeval voorkomen op de in artikel 2 a) i) bedoelde lijst. Een reactor wordt evenwel voor deze berekening slechts in aanmerking genomen vanaf de dag waarop hij voor het eerst kritisch is geworden.
- b) Voor de toepassing van dit Verdrag wordt onder "thermisch vermogen" verstaan :
- i) vóór de afgifte van de definitieve vergunning tot exploitatie : het verwachte thermisch vermogen;
 - ii) na de afgifte van zodanige vergunning : het door het bevoegde nationale gezag toegestane thermisch vermogen.

Artikel 13

- a) Elke Partij dient ervoor zorg te dragen dat alle op haar grondgebied gelegen kerninstallaties voor vreedzaam gebruik, die beantwoorden aan de begripsbepalingen, vervat in artikel 1 van het Verdrag van Parijs, op de in artikel 2 a) i) bedoelde lijst worden vermeld.
- b) Te dien einde deelt elke ondertekenende en toetredende Regering bij de nederlegging van zijn akte van bekrachtiging of toetreding, aan de Belgische Regering een volledig overzicht van die installaties mede.
- c) Dit overzicht omvat :
- i) voor alle nog niet voltooide installaties de vermelding van de datum waarop het risico van een kernongeval vermoedelijk zal intreden, en
 - ii) voor reactoren bovendien de vermelding van de datum waarop zij vermoedelijk voor het eerst kritisch zullen worden, alsmede van hun thermisch vermogen.
- d) Elke Partij deelt voorts aan de Belgische Regering de juiste datum mede, waarop het risico van een kernongeval intreedt, en, voor reactoren, de datum waarop zij voor het eerst kritisch zijn geworden.
- e) Elke Partij deelt aan de Belgische Regering alle in de lijst aan te brengen wijzigingen mede. Ingeval een wijziging de toevoeging van een kerninstallatie betreft, dient de mededeling uiterlijk drie maanden voor de datum van het vermoedelijke intreden van het risico van een kernongeval te worden gedaan.
- f) Indien een Partij van mening is dat het overzicht of een in de lijst aan te brengen wijziging, medegedeeld door

een andere Partij, niet in overeenstemming is met artikel 2 a) i) en met het onderhavige artikel, kan zij slechts bezwaren inbrengen door deze aan de Belgische Regering mede te delen binnen drie maanden te rekenen van de datum waarop zij een kennisgeving overeenkomstig lid h) heeft ontvangen.

- g) Indien een Partij van mening is dat één der volgens dit artikel voorgeschreven mededelingen niet binnen de voorgeschreven termijn heeft plaatsgevonden, kan zij daartegen slechts bezwaren inbrengen door deze aan de Belgische Regering mede te delen, binnen een termijn van drie maanden nadat zij kennis heeft gekregen van feiten die naar haar mening hadden moeten worden medegedeeld.
- h) De Belgische Regering stelt zo spoedig mogelijk iedere Partij op de hoogte van de mededelingen en de bezwaren die zij overeenkomstig dit artikel ontvangen heeft.
- i) De overzichten en wijzigingen bedoeld in de leden b), c), d) en e) vormen tezamen de in artikel 2 a) i) bedoelde lijst; bezwaren ingediend overeenkomstig het bepaalde in de leden f) en g) hebben, indien zij erkend worden, terugwerkende kracht tot de dag waarop zij zijn ingediend.
- j) De Belgische Regering verstrekt aan de Partijen op hun verzoek een bijgehouden staat van de kerninstallaties die onder dit Verdrag vallen en van de gegevens die daarover ingevolge dit artikel zijn verstrekt.

Artikel 14

- a) Voor zover in het onderhavige Verdrag niet anders is bepaald, kan iedere Partij de haar door het Verdrag van Parijs toegekende bevoegdheden uitoefenen; alle uit dien hoofde getroffen maatregelen kunnen voor de terbeschikkingstelling van de openbare middelen, bedoeld in artikel 3 b) ii) en iii), tegen de andere Partijen worden ingeroepen.
- b) De door een Partij overeenkomstig de artikelen 2, 7 c) en 9 van het Verdrag van Parijs genomen maatregelen kunnen echter, voor wat de terbeschikkingstelling van de in artikel 3 b) ii) en iii) bedoelde openbare middelen betreft, slechts tegen een andere Partij worden ingeroepen, voor zover deze daarin heeft toegestemd.
- c) Het onderhavige Verdrag belet niet dat een Partij voorzieningen treft buiten het kader van het Verdrag van Parijs en van dit Verdrag, mits deze geen verdere verplichtingen voor de andere Partijen medebrengen ten aanzien van de door deze Partijen ter beschikking te stellen openbare middelen.

Artikel 15

- a) Elke Partij kan met een Staat die geen Partij is bij dit Verdrag, een overeenkomst sluiten inzake vergoeding uit openbare middelen van door een kernongeval veroorzaakte schade.

b) Voor zover de vergoedingsvoorwaarden in een dergelijke overeenkomst niet gunstiger zijn dan de voor de toepassing van het Verdrag van Parijs en van dit Verdrag door de betrokken Partij getroffen maatregelen, kan het bedrag van de krachtens een dergelijke overeenkomst te betalen vergoeding voor de schade, veroorzaakt door een kernongeval waarop dit Verdrag van toepassing is, met het oog op de toepassing van artikel 8, tweede volzin, in aanmerking worden genomen voor de berekening van het totale bedrag van de door dit ongeval veroorzaakte schade.

c) Het bepaalde in de leden a) en b) kan in geen geval wijziging brengen in de verplichtingen die krachtens artikel 3 b) ii) en iii) rusten op de Partijen die niet toestemmen in een dergelijke overeenkomst.

d) Elke Partij die voornemens is een dergelijke overeenkomst te sluiten, dient hiervan mededeling te doen aan de overige Partijen. Van de gesloten overeenkomsten moet kennis worden gegeven aan de Belgische Regering.

Artikel 16

a) De Partijen zullen elkander raadplegen omtrent alle vraagstukken van gemeenschappelijk belang die zich voordoen in verband met de toepassing van dit Verdrag en van het Verdrag van Parijs, inzonderheid van artikel 20 en artikel 22 c) van laatstgenoemd Verdrag.

b) Zij zullen elkander raadplegen omtrent de wenselijkheid het onderhavige Verdrag te herzien vijf jaar na de datum van inwerkingtreding daarvan, alsmede op enig ander tijdstip indien een Partij zulks verzoekt.

Artikel 17

Ieder geschil tussen twee of meer Partijen over de uitlegging of toepassing van dit Verdrag wordt op verzoek van een der betrokken Partijen voorgelegd aan het Europees Tribunaal voor Kernenergie, ingesteld bij het Verdrag van 20 december 1957 inzake de instelling van een veiligheidscontrole op het gebied van de kernenergie.

Artikel 18

a) Voorbehouden ten aanzien van één of meer bepalingen van dit Verdrag kunnen te allen tijde vóór de bekrachtiging van dit Verdrag worden gemaakt, indien de tekst van de voorbehouden uitdrukkelijk door alle ondertekenende Regeringen is aanvaard of bij de toetreding dan wel bij de toepassing van de artikelen 21 en 24, indien de tekst daarvan uitdrukkelijk door alle ondertekenende en toetredende Regeringen is aanvaard.

b) De goedkeuring van een ondertekenende Regering is echter niet vereist, indien deze niet zelf dit Verdrag heeft bekrachtigd binnen 12 maanden na de datum waarop zij kennisgeving van het voorbehoud heeft ontvangen van de Belgische Regering overeenkomstig artikel 25.

c) Elk voorbehoud dat overeenkomstig lid a) is aanvaard, kan te allen tijde worden ingetrokken door kennisgeving aan de Belgische Regering.

Artikel 19

Een Staat kan slechts dan Partij bij dit Verdrag worden of blijven, indien hij Partij is bij het Verdrag van Parijs.

Artikel 20

a) De bijlage bij dit Verdrag maakt een integrerend deel daarvan uit.

b) Dit Verdrag zal worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden nedergelegd bij de Belgische Regering.

c) Dit Verdrag treedt in werking drie maanden na de nederlegging van de zesde akte van bekrachtiging.

d) Voor iedere ondertekenende Regering die dit Verdrag bekrachtigt na de nederlegging van de zesde akte, zal het van kracht worden drie maanden na de nederlegging van haar akte van bekrachtiging.

Artikel 21

Wijzigingen van dit Verdrag worden aanvaard met onderling goedvinden van de Partijen. Zij worden van kracht op de datum waarop alle Partijen deze hebben bekrachtigd of goedgekeurd.

Artikel 22

a) Na de inwerkingtreding van dit Verdrag kan iedere Partij bij het Verdrag van Parijs, die het onderhavige Verdrag niet heeft ondertekend, verzoeken toe te treden tot dit Verdrag door middel van een kennisgeving aan de Belgische Regering.

b) Voor toetreding is de algemene instemming van de Partijen vereist.

c) Na deze instemming legt de Partij bij het Verdrag van Parijs, die om toetreding heeft verzocht, haar akte van toetreding neder bij de Belgische Regering.

d) De toetreding wordt van kracht drie maanden na de datum van nederlegging van de akte van toetreding.

Artikel 23

a) Dit Verdrag blijft van kracht tot de datum waarop de geldigheidsduur van het Verdrag van Parijs verstrijkt.

b) Iedere Partij kan, met inachtneming van een opzeggingstermijn van een jaar aan de Belgische Regering mededelen, dat het onderhavige Verdrag na het verstrijken van de in artikel 22 a) van het Verdrag van Parijs gestelde

termijn van tien jaar niet langer op haar van toepassing zal zijn. Binnen zes maanden na deze mededeling kan iedere Partij door een mededeling aan de Belgische Regering dit Verdrag ieder voor zich beëindigen op de datum waarop het niet langer van toepassing is op de Partij die de eerstbedoelde mededeling heeft gedaan.

- c) De ingevolge dit Verdrag door iedere Partij aanvaarde verplichtingen ten aanzien van het vergoeden van schade, veroorzaakt door een kernongeval dat zich vóór de datum van het verstrijken van de geldigheidsduur van dit Verdrag of van de uittreding van één der Partijen voordoet, worden door dit verstrijken of deze uittreding niet opgeheven.
- d) De Partijen zullen elkander te gelegener tijd raadplegen omtrent de maatregelen die moeten worden genomen na het verstrijken van de geldigheidsduur van dit Verdrag of na de uittreding van één of meer Partijen, opdat tot een omvang, vergelijkbaar met die waarin dit Verdrag voorziet, vergoeding plaatsvindt van de schade, veroorzaakt door kernongevallen welke zich voordoen na de datum van dat verstrijken of die uittreding en waarvoor de exploitant van een kerninstallatie welke vóór die datum op het grondgebied van de Partijen in bedrijf was, aansprakelijk is.

Artikel 24

- a) Dit Verdrag is van toepassing op het grondgebied van het moederland van de Partijen.
- b) Elke Partij die wenst dat dit Verdrag van toepassing wordt op één of meer gebieden ten aanzien waarvan zij

overeenkomstig artikel 23 van het Verdrag van Parijs heeft medegedeeld dat voornoemd Verdrag daarop toepasselijk is, richt daartoe een verzoek tot de Belgische Regering.

- c) De toepassing van het onderhavige Verdrag op die gebieden vereist de eenstemmige goedkeuring der Partijen.
- d) Na het verkrijgen van deze goedkeuring richt de betrokken Partij een verklaring tot de Belgische Regering die van kracht wordt op de datum van ontvangst daarvan.
- e) Een zodanige verklaring kan door de Partij die haar heeft afgelegd, ten aanzien van elk daarin genoemd gebied worden ingetrokken door middel van een daartoe strekkende mededeling aan de Belgische Regering met inachtneming van een termijn van een jaar.
- f) Indien het Verdrag van Parijs niet langer van toepassing is op één van die gebieden, is het onderhavige Verdrag eveneens niet meer daarop van toepassing.

Artikel 25

De Belgische Regering doet aan alle ondertekenende en toetredende Regeringen mededeling van de ontvangst van iedere akte van bekrachtiging, toetreding, opzegging en van alle kennisgevingen die zij mocht hebben ontvangen. Zij doet hun eveneens mededeling van het tijdstip waarop dit Verdrag in werking treedt, van de tekst van de wijzigingen van dit Verdrag en van het tijdstip waarop deze wijzigingen van kracht worden, alsmede van de voorbehouden welke overeenkomstig artikel 18 worden gemaakt.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Uebereinkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Brüssel am 31. Januar 1963, in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer und spanischer Sprache, wobei die sechs Wortlaute gleichermaßen verbindlich sind, in einer Urschrift, die bei der belgischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten eine beglaubigte Abschrift.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed this Convention.

DONE at Brussels, this 31st day of January 1963, in the English, Dutch, French, German, Italian and Spanish languages, the six texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited with the Belgian Government by whom certified copies shall be communicated to all the other Signatories and acceding Governments.

EN FE DE LO CUAL, los plenipotenciarios infrascritos, debidamente autorizados, firman al pie del presente Convenio.

HECHO en Bruselas el 31 de Enero de 1963, en español, en alemán, en francés, en inglés, en italiano y en neerlandés, los seis textos dando fé en un solo ejemplar que sera depositado ante el Gobierno belga quien trasladará una copia certificada conforme a todos los otros firmantes y a los Gobiernos adheridos al Convenio.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

FAIT à Bruxelles, le 31 janvier 1963, en français, en allemand, en anglais, en espagnol, en italien et en néerlandais, les six textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé auprès du Gouvernement belge qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les autres Signataires et aux Gouvernements ayant adhéré à la Convention.

IN FEDE DI CHE i Plenipotenziari sottoscritti, debitamente autorizzati, hanno apposto le loro firme in calce alla presente Convenzione.

FATTO a Bruxelles, il 31 Gennaio 1963, in italiano, francese, inglese, olandese, spagnolo e tedesco, i sei testi facenti egualmente fede, in un unico esemplare che sarà depositato presso il Governo belga che ne comunicherà copia certificata conforme a tutti gli altri Stati firmatari ed aderenti alla presente Convenzione.

TEN BLIJKE WAARVAN de daartoe behoorlijk gemachtigde gevolmachtigden dit Verdrag hebben ondertekend.

GEDAAN te Brussel, de 31^{ste} januari 1963, in de Nederlandse, Duitse, Engelse, Franse, Italiaanse en Spaanse taal, zijnde de zes teksten gelijkelijk authentiek, in één enkel exemplaar, dat zal worden nedergelegd bij de Belgische Regering, die gewaarmerkte afschriften daarvan zal doen toekomen aan alle overige ondertekenende en toegetreden Regeringen.

FUER DIE REGIERUNG DER BUNDESSREPUBLIK DEUTSCHLAND :
FOR THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY :
POR EL GOBIERNO DE LA REPUBLICA FEDERAL ALEMANA :
POUR LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE FEDERALE D'ALLEMAGNE :
PER IL GOVERNO DELLA REPUBBLICA DI GERMANIA :
VOOR DE REGERING VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND :

Staatsangehörige sind in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Günther HARKORT

FUER DIE REGIERUNG DER REPUBLIK OESTERREICH :
FOR THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA :
POR EL GOBIERNO DE LA REPUBLICA DE AUSTRIA :
POUR LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE :
PER IL GOVERNO DELLA REPUBBLICA D'AUSTRIA :
VOOR DE REGERING VAN DE REPUBLIEK OOSTENRIJK :

Ernst LEMBERGER

FUER DIE REGIERUNG DES KOENIGREICHS BELGIEN :
FOR THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF BELGIUM :
POR EL GOBIERNO DEL REINO DE BELGICA :
POUR LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE BELGIQUE :
PER IL GOVERNO DEL REGNO DEL BELGIO :
VOOR DE REGERING VAN HET KONINKRIJK BELGIE :

J. ERRERA

FUER DIE REGIERUNG DES KOENIGREICHS DAENEMARK :
FOR THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF DENMARK :
POR EL GOBIERNO DEL REINO DE DINAMARCA :
POUR LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE DANEMARK :
PER IL GOVERNO DEL REGNO DI DANIMARCA :
VOOR DE REGERING VAN HET KONINKRIJK DENEMARKEN :

Poul A. SPLETH

FUER DIE REGIERUNG SPANIENS :
~~FOR THE GOVERNMENT OF SPAIN :~~
POR EL GOBIERNO DE ESPAÑA :
POUR LE GOUVERNEMENT DE L'ESPAGNE :
PER IL GOVERNO DELLA SPAGNA :
VOOR DE REGERING VAN SPANJE :

le Comte de CASA MIRANDA

FUER DIE REGIERUNG DER FRANZOESISCHEN REPUBLIK :
FOR THE GOVERNMENT OF THE FRENCH REPUBLIC :
POR EL GOBIERNO DE LA REPUBLICA FRANCESA :
POUR LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE FRANÇAISE :
PER IL GOVERNO DELLA REPUBBLICA FRANCESE :
VOOR DE REGERING VAN DE FRANSE REPUBLIEK :

J.-M. BOEGNER

FUER DIE REGIERUNG DER ITALIENISCHEN REPUBLIK :
FOR THE GOVERNMENT OF THE ITALIAN REPUBLIC :
POR EL GOBIERNO DE LA REPUBLICA ITALIANA :
POUR LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE ITALIENNE :
PER IL GOVERNO DELLA REPUBBLICA ITALIANA :
VOOR DE REGERING VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK :

Antonio VENTURINI

FUER DIE REGIERUNG DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG :
FOR THE GOVERNMENT OF THE GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG :
POR EL GOBIERNO DEL GRAN DUCADO DE LUXEMBURGO :
POUR LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHE DE LUXEMBOURG :
PER IL GOVERNO DEL GRANDUCATO DEL LUSSEMBURGO :
VOOR DE REGERING VAN HET GROOTHERTOGDOM LUXEMBURG :

A. BORSCHETTE

FUER DIE REGIERUNG DES KOENIGREICHS NORWEGEN :
FOR THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF NORWAY :
POR EL GOBIERNO DEL REINO DE NORUEGA :
POUR LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE NORVEGE :
PER IL GOVERNO DEL REGNO DI NORVEGIA :
VOOR DE REGERING VAN HET KONINKRIJK NOORWEGEN :

For the purposes of the application of Article 2 paragraph (a) (ii) of the Convention individuals having their habitual residence in Norway are assimilated to Norwegian nationals.

Stein ROGNLIEN

FUER DIE REGIERUNG DES KOENIGREICHS DER NIEDERLANDE :
FOR THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS :
POR EL GOBIERNO DEL REINO DE LOS PAISES BAJOS :
POUR LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME DES PAYS BAS :
PER IL GOVERNO DEL REGNO DEI PAESI BASSI :
VOOR DE REGERING VAN HET KONINKRIJK DER NEDERLANDEN :

Gezien de gelijkheid die staatsrechtelijk bestaat tussen Nederland, Suriname en de Nederlandse Antillen verliest de term « grondgebied van het moederland » gebezigd in artikel 24, lid a, van het onderhavige Verdrag zijn oorspronkelijke betekenis en zal mitsdien, wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, worden geacht te betekenen « in Europa gelegen grondgebied ».

D.P. SPIERENBURG

FUER DIE REGIERUNG DES VEREINIGTEN KOENIGREICHS VON GROSS-BRITANNIEN UND NORDIRLAND :
FOR THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND :
POR EL GOBIERNO DEL REINO UNIDO DE GRAN BRETAÑA Y DE IRLANDA DEL NORTE :
POUR LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD :
PER IL GOVERNO DEL REGNO DI GRAN BRITAGNA E D'IRLANDA DEL NORD :
VOOR DE REGERING VAN HET VERENIGD KONINKRIJK VAN GROOT-BRITANNIE EN NOORD-IERLAND :

R.A. THOMPSON

FUER DIE REGIERUNG DES KOENIGREICHS SCHWEDEN :
FOR THE GOVERNMENT OF THE KINGDOM OF SWEDEN :
POR EL GOBIERNO DEL REINO DE SUECIA :
POUR LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME DE SUEDE :
PER IL GOVERNO DEL REGNO DI SVEZIA :
VOOR DE REGERING VAN HET KONINKRIJK ZWEDEN :

Gunnar LJUNGAHL

FUER DIE REGIERUNG DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT :
FOR THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION :
POR EL GOBIERNO DE LA CONFEDERACION SUIZA :
POUR LE GOUVERNEMENT DE LA CONFEDERATION SUISSE :
PER IL GOVERNO DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA :
VOOR DE REGERING VAN DE ZWITSERSE BONDSSTAAT :

J.L. PAHUD

ANHANG
ZUM ZUSATZUEBEREINKOMMEN
ZUM PARISER UEBEREINKOMMEN VOM 29. JULI 1960
UEBER DIE HAFTUNG GEGENUEBER DRITTEN
AUF DEM GEBIET DER KERNENERGIE

DIE REGIERUNGEN DER VERTRAGSPARTEIEN erklären, dass der Ersatz von Schäden, die durch ein nukleares Ereignis verursacht worden sind, das allein deshalb nicht unter das Zusatzübereinkommen fällt, weil die betreffende Kernanlage wegen ihrer Verwendungsart nicht in die Liste gemäss Artikel 2 des Zusatzübereinkommens aufgenommen ist (einschliesslich des Falles, dass diese nicht in die Liste aufgenommene Anlage von einer oder mehreren, aber nicht allen Regierungen als nicht unter das Pariser Uebereinkommen fallend angesehen wird) :

- ohne jede unterschiedliche Behandlung den Staatsangehörigen der Vertragsparteien des Uebereinkommens gewährt wird;
- nicht auf einen Betrag unter 120 Millionen Rechnungseinheiten begrenzt wird.

Ferner werden die Regierungen sich bemühen, soweit dies nicht bereits geschehen ist, die Schadenersatzvorschriften für durch solche Ereignisse Geschädigte denjenigen Vorschriften möglichst weitgehend anzugleichen, die für nukleare Ereignisse in Verbindung mit Kernanlagen gelten, die unter dieses Uebereinkommen fallen.

ANNEX
TO THE CONVENTION SUPPLEMENTARY TO THE PARIS CONVENTION
OF 29th JULY 1960 ON THIRD PARTY LIABILITY
IN THE FIELD OF NUCLEAR ENERGY.

THE GOVERNMENTS OF THE CONTRACTING PARTIES declare that compensation for damage caused by a nuclear incident not covered by the Supplementary Convention solely by reason of the fact that the relevant nuclear installation, on account of its utilization, is not on the list referred to in Article 2 of the Supplementary Convention, (including the case where such installation is considered by one or more but not all of the Governments to be outside the Paris Convention) :

- shall be provided without discrimination among the nationals of the Contracting Parties to the Supplementary Convention; and
- shall not be limited to less than 120 million units of account.

In addition, if they have not already done so, they shall endeavour to make the rules for compensation of persons suffering damage caused by such incidents as similar as possible to those established in respect of nuclear incidents occurring in connection with nuclear installations covered by the Supplementary Convention.

ANEXO
AL CONVENIO COMPLEMENTARIO DEL CONVENIO DE PARÍS
DE 29 DE JULIO DE 1960 SOBRE RESPONSABILIDAD CIVIL
EN MATERIA DE ENERGIA NUCLEAR

LOS GOBIERNOS DE LAS PARTES CONTRATANTES declaran que la reparación de los daños causados por un accidente nuclear que no esté cubierto por el Convenio complementario, por el sólo hecho de que la instalación nuclear afectada, a causa de su utilización, no esté incluida en la lista prevista por el artículo 2 del Convenio complementario (incluso el caso en que dicha instalación, no incluida en la lista, sea considerada, por uno o por varios, pero no por todos, los Gobiernos, como no cubierta por el Convenio de París) :

- se efectuará sin ninguna discriminación entre los súbditos de las Partes Contratantes de este Convenio complementario;
- no estará limitada por un tope que sea inferior a 120 millones de unidades de cuenta.

Además, estos Gobiernos harán lo posible, si no lo han hecho ya, para conseguir que las normas de indemnización de las víctimas de estos accidentes nucleares sean lo más aproximadas posible a las previstas para los accidentes sufridos en relación con las instalaciones nucleares cubiertas por el Convenio complementario.

ANNEXE
A LA CONVENTION COMPLEMENTAIRE A LA CONVENTION DE PARIS
DU 29 JUILLET 1960 SUR LA RESPONSABILITE CIVILE
DANS LE DOMAINE DE L'ENERGIE NUCLEAIRE

LES GOUVERNEMENTS DES PARTIES CONTRACTANTES déclarent que la réparation des dommages causés par un accident nucléaire qui n'est pas couvert par la Convention complémentaire du seul fait que l'installation nucléaire concernée, en raison de son utilisation, n'est pas incluse dans la liste visée à l'article 2 de la Convention complémentaire, (y compris le cas où cette installation, non incluse dans la liste, est considérée par un ou plusieurs, mais non par tous les Gouvernements comme non couverte par la Convention de Paris) :

- est effectuée sans aucune discrimination entre les ressortissants des Parties Contractantes à la Convention complémentaire;
- n'est pas limitée par un plafond qui serait inférieur à 120 millions d'unités de compte.

En outre, ces Gouvernements s'efforceront, si elles ne le sont déjà, de rendre les règles de dédommagement des victimes de tels accidents aussi voisines que possible de celles prévues pour les accidents nucléaires survenus en relation avec les installations nucléaires couvertes par la Convention complémentaire.

ALLEGATO
ALLA CONVENZIONE COMPLEMENTARE
ALLA CONVENZIONE DI PARIGI DEL 29 LUGLIO 1960
SULLA RESPONSABILITA' CIVILE NEL CAMPO DELL'ENERGIA NUCLEARE

I GOVERNI DELLE PARTI CONTRAENTI dichiarano che il risarcimento dei danni causati da un incidente nucleare non coperto dalla Convenzione complementare per il solo fatto che l'impianto nucleare considerato, a motivo della sua utilizzazione, non è incluso nell'elenco di cui all'articolo 2 della Convenzione complementare (ivi compreso il caso in cui detto impianto, non incluso nell'elenco, è considerato da uno o più ma non da tutti i Governi come non coperto dalla Convenzione di Parigi) :

- è effettuato senza alcuna discriminazione tra i cittadini delle Parti Contraenti della presente Convenzione;
- non è limitato ad un ammontare che sia inferiore a 120 milioni di unità di conto.

Inoltre, questi Governi cercheranno di adeguare il più possibile, nel caso in cui già non lo siano, le norme sul risarcimento delle vittime di tali incidenti nucleari a quelle previste per gli incidenti relativi a impianti nucleari coperti dalla presente Convenzione.

BIJLAGE
BIJ HET VERDRAG TOT AANVULLING VAN HET VERDRAG VAN PARIJS
VAN 29 JULI 1960 INZAKE WETTELIJKE AANSPRAKELIJKHEID
OP HET GEBIED VAN DE KERNENERGIE.

DE REGERINGEN VAN DE PARTIJEN verklaren dat de vergoeding van de schade, veroorzaakt door een kernongeval waarop het aanvullende Verdrag niet van toepassing is, uitsluitend omdat de betrokken kerninstallatie, op grond van de aanwending daarvan, niet is opgenomen in de in artikel 2 van het aanvullende Verdrag bedoelde lijst (daaronder begrepen het geval dat die installatie, die niet op de lijst voorkomt, door een of meer doch niet alle Regeringen geacht wordt niet te vallen onder het Verdrag van Parijs)

- plaatsvindt zonder enig onderscheid tussen de onderdanen der Partijen bij het aanvullende Verdrag;
- niet wordt beperkt door een maximum lager dan 120 miljoen rekeneenheden.

Voorts zullen deze Regeringen ernaar streven, de voorschriften inzake schadeloosstelling van de benadeelden bij dergelijke kernongevallen, voor zover zulks nog niet het geval is, zoveel mogelijk aan te passen aan die welke zijn uitgevaardigd voor kernongevallen welke zich voordoen in verband met de kerninstallaties die onder het aanvullende Verdrag vallen.

Le Chef du Service des Traités du Ministère des Affaires étrangères et du Commerce extérieur de Belgique certifie que la présente copie est conforme au texte original déposé dans les archives du Gouvernement belge.

Bruxelles, le 31 juillet 1963.

Le Chef du Service des Traités :



p.o. Debruy

R. TAYMANS
Ambassadeur